

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 205.

Dienstag, den 4. September 1906.

13. Jahrg.

Preis der Beilage

Die Stats der Kolonien.

Aus dem Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der letzten Tagung des Reichstags, der jedoch im Druck erschienen ist, greifen wir heute das Kapitel über die Kolonien heraus.

Ungewöhnlich umfangreich und heftig gestaltete sich die Beratung der Kolonialstats, die von einer moralischen Hinrichtung nicht mehr weit entfernt war. Zimmer unverkühlt zeigt sich das Glas, das Deutschland mit seiner Kolonialpolitik erleiht, die Unsummen schon verschlungen hat und — so lange im Reichstag eine Mehrheit wie die heutige zum Schaden des Volkes und Staates existiert — noch Unsummen verschlingen wird, mit dem bisher einzigen Erfolg, daß die Kolonialpolitik kaum notdürftig einen lächerlich geringen Handel zeitigte, dafür aber Stände und Verbrechen aller Art, die auf Deutschland Schmach über Schmach gehäuft haben. Wie rasend die Aufwendungen des Reiches (Reichszuschüsse und sonstige Ausgaben) gewachsen sind, zeigen diese Angaben: 1885 gab das Reich für die Kolonien rund 248 000 M. aus, 1895 bereits rund 61 Millionen, 1904 rund 149,4 Millionen. Allein für die famose chinesische Bachtung Kiautschou sind bisher 85,9 Millionen verausgabt worden. Der Kreuzzug nach Ostafrika hat bisher 274,1 Millionen, der Aufstand in Südwestafrika über 300 Millionen verschlungen. Bald weiterleuchtet es in dieser, bald in jener Kolonie, und die Gefahr, daß neue, schwere Aufstände ausbrechen, ist drohend nahe. Nicht weniger als 753 Millionen Mark sind in den unseligen 20 Jahren deutscher Kolonialpolitik verschleudert worden, während der Gesamtkaufhandel in dieser Zeit sich auf rund 320 Millionen Mark berechnet, wobei besonders zu beachten ist, daß diese Ziffer auch nur durch die Einrechnung der Lieferungen für Militär, Beamte usw. erreicht worden ist. In den deutschen Kolonien lebten bis zum Jahre 1904 kaum 6000 Deutsche; von einer späteren starken Ansiedelung kann nie die Rede sein. Mühte doch selbst der als Kolonialwärmer bekannte Hänge-Peters noch im November 1905 zugeben, daß Südwestafrika kaum an die ärmsten Teile Britisch-Südafrikas heranreicht. Und der Afrikareisende v. Mittelbladt, ein genauer Kenner dieser Kolonie, die einen anerkennenswerten so großen Flächeninhalt wie das Deutsche Reich hat, erklärte, daß Südwestafrika höchstens 40—50 000 Menschen zu ernähren vermag. Welche Flächen notwendig sind, um ein Stück Rindvieh oder Kleinvieh zu ernähren, darüber mußte der Viehbesitzungsminister Dr. Rohrbach Angaben machen, die bei jedem Landwirt Entsetzen hervorrufen. Und dabei wird die Zukunft und der Wert dieser famosen Kolonie neuerdings mit dem phantastischen Hinweis auf die dort angeblich mögliche große Viehzucht gepriesen. In anderen deutschen Kolonien sollen der unermeßliche Holzreichtum, große Mineralienlager, die Möglichkeit der Anlegung großer Baumwollkulturen usw. es „lohnen“, daß alljährlich Unsummen aufgewendet werden, trotz der Finanzmiserie, in der sich das Reich befindet.

Aber Wahrheit werden alle diese Phantastikerkolonialfänge niemals werden, weil sie eben nur in der Phantasie, aber nicht in deutschen Kolonien vorhanden sind, wenigstens nicht in dem Maße, daß sie nur ein Viertel all der Geldaufwendungen lohnten. Trotzdem: nicht eine der bürgerlichen Parteien ist bereit, dem deutschen Kolonialabenteuer ein Ende zu bereiten, der jetzt schon resigniert mit dem famosen Argument verteidigt wird: Wir haben einmal die Kolonien, es ist um sie deutsches Blut geflossen, ergo müssen wir sie der Ehre Deutschlands halber halten, die — wie nochmals betont werden soll — beinahe tagtäglich in den Kolonien in schwerster Weise ramponiert wird. Nur die sozialdemokratische Fraktion bekämpfte die Kolonialpolitik grundsätzlich, die nicht gemein hat mit der Kulturwidrigkeit, nicht der Zivilisation dient, sondern der brutalsten und blutigsten Abenteuerlust und einem rücksichtslosen, von wildester Profitgier besessenen Ausbeuter- und Spekulantentum auf Kosten der Steuerzahler Kleingewinne zuzugangt. Welche Mühen die deutsche Kolonialpolitik gezeitigt hat, haben wir erschreckender Deutlichkeit wiederum die Verhandlungen des verflochtenen Sessionsabschlusses gezeigt. Für einen halben bis zwei Pfennig pro Tag mußten in Ostafrika die Eingeborenen schwere Arbeit verrichten; dabei sollen sie eine vier Mark hohe Hüttensteuer zahlen oder sie müssen für diesen Betrag Zwangsarbeit verrichten. Die Behandlung der Eingeborenen ist nur zu oft eine skandalöse; ihre Frauen und Mädchen werden nicht selten Opfer der Begierden der christlichen „Zivilisatoren“. Barbarische Strafen harrten bei den geringsten Vergehen der Eingeborenen, denn in Ostafrika, Togo und Kamerun sind neben der Kettenhaft auch Kutengelbe zulässig. Im Jahre 1903/04 erhielten in Ostafrika 2293 Eingeborene amtlich Prügel, in Kamerun 293, in Togo 194. Außerdem erhielten noch 2494 Eingeborene Prügel als Bußstrafe. Gestillt wurde die Koloniallust durch die Verurteilung von 30 Anführern zu rund 70 Jahren Ge-

fängnis nebst Zwangsarbeit beleuchtet. Die Hauptlinge haben sich entgegen einem sinnlosen Verbot des Gouverneurs v. Puttkamer bei der Regierung und dem Reichstag beschwert und sie sollen dabei Beamteneleidigungen begangen haben. Dieser ungeheuerliche Justizakt wurde von unserer Seite in denkbar schärfster Weise verurteilt, und gleichzeitig wurde auch gefordert, daß die Hauptlinge auf freien Fuß gesetzt werden. Die Kolonialverwaltung hatte das Urteil aufgehoben und an ein anderes Gericht verwiesen. Unser Antrag wurde abgelehnt; später jedoch setzte man die Hauptlinge in Freiheit.

Daß dem Reichstag selbst auf Anfragen wichtige Dinge vorenthalten, andere sehr entleert, ungenau, ja auch der Wahrheit zuwider von amtlicher Seite mitgeteilt werden, dafür sind vollständige Beweise erbracht worden; endlich auch dafür, daß Kolonialbeamte, die den schimpflichen Abschied verdient haben, sogar mit Pension entlassen worden sind. So der Hauptmann Besser (Kamerun) der 60 bis 70 eingeborene Träger verhungern ließ und auf die Vorstellungen eines Offiziers die bestialische Antwort gab: „Ich will gerade, daß die Schweine verrecken.“ Der Unmensche erhielt ganze sieben Monate Festungshaft. Ein Hauptmann Kannerberg, der eine ahnungslose Frau angefaßt hatte, aus purem Mitleid, wurde mit einer geringen Gefängnisstrafe belegt, und mit Pension entlassen. In diesem Fall, wie in einem anderen (Hauptmann Ehlert, der einen Mann vom Stamme heruntergeschossen hatte), mußte der Kolonialverwaltung nachgewiesen werden, daß dem Reichstag nicht die volle Wahrheit gesagt worden ist. Und wie versucht wurde, die Puttkameraffäre als möglichst harmlos hinzustellen, ist noch in frischer Erinnerung. Die Verträge mit den Land- und Eisenbahngesellschaften, die Abkommen mit Syndikaten lieferten den Beweis, daß die Kolonialverwaltung nicht einmal die Fähigkeit hat, die Tragweite der von ihr getroffenen Vereinbarungen zu überschauen. So sind Landkonzessionen erteilt worden, die die Eingeborenen den Gesellschaften auf Gnade und Ungnade ausliefern; die Landstrecken werden Objekte der wildesten Bodenpekulation. Neben der oftmals grausamen Behandlung ist es nicht zuletzt auch der konzeptionslose Landraub an den Eingeborenen, der sie zu Aufständen treibt, die dann blutig auf Kosten der Steuerzahler niedergeschlagen werden. In Südwestafrika hat man die Aufständischen überhaupt ihres Landes beraubt, so daß die sozialdemokratische Fraktion diesen, vom Reichstag dann angenommenen Antrag einbrachte:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er wolle dafür sorgen, daß in der Kolonie Südwestafrika den Eingeborenen ein zu ihrem Lebensunterhalt in selbstständigen Wirtschaftsbetrieben ausreichender Landbesitz zugesichert werde, um auf dieser Grundlage die Rückkehr friedlicher Zustände in der Kolonie und die schnelle Zurückziehung der dort bisher zu kriegerischen Operationen erforderlichen Truppen zu ermöglichen.

An dem ungeheuerlichen Erlaß des früheren Generalissimus in Südwestafrika, v. Trotha, an das Hererovolk übten unsere Fraktionäre scharf schneidende Kritik und legten dabei eingehend die Begriffsverwirrung dar, die die koloniale Eroberungspolitik zeitigt hat, wofür auch die Tatsache spricht, daß der Erlaß Trothas im Reichstage Verteidiger fand. Wie die Kolonialverwaltung die von ihr so gern betonte „zivilisatorische und kulturelle Aufgabe“ der deutschen Kolonialpolitik aussagt, das hat der in der Puttkameraffäre mehrfach genannte und einflussreiche Geheimrat Kofe am 15. März d. J. im Reichstage durch diese Äußerung verraten:

„Ich kann Ihnen offen sagen: es ging nicht in meinen Kopf als praktischer Verwaltungsbeamter hinein, daß Herr Brandis (Landeshauptmann auf den Marschallinseln) nicht berechtigt gewesen sein sollte, den Leuten da mal eine Tracht Hiebe aufzählen zu lassen. (Große Unruhe und vielstimmiges Hören, hört! bei den Sozialdemokraten. Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Wie die Vollziehung der Prügelstrafe gerade auf den Marschallinseln wirkt, das schilderte Generalkonsul Knappe in Shanghai wie folgt:

„Ich habe sowohl in Samoa wie auf den Marschallinseln die Vollziehung der Prügelstrafe mit angesehen. Der Eindruck war ein widerwärtiger für die Weißen sowohl wie für die Farbigen. Die letzteren gerieten in die höchste Aufregung, und auf den Marschallinseln war es nur dem Zufall der Anwesenheit eines Seeschwaders zu danken, daß nicht eine offene Empörung aus Anlaß dieser Prügelstrafe eingetreten ist.“

Daß die Anwendung der Prügelstrafe, mag sie amtlich verhängt oder von sogenannten Kolonialherren eigenmächtig ausgeübt worden sein, mit zu den bisherigen Aufständen in deutschen Kolonien beigetragen hat, ist unstrittig. Trotzdem: Sehr gut! schreit der nationalliberale Chorus zu dieser Barbarei, und bewilligt dann im trauten Verein mit den anderen bürgerlichen Parteien auf Kosten der Steuerzahler die Million, die die blutige Niederwerfung der durch Landraub, Prügel und Ausbeutung zur Empörung getriebenen Naturvölker erfordert.

Von einer Ausnahme abgesehen, einer Forderung für eine weiße Simulanschule in Ostafrika, lehnte die Fraktion alle Kolonialforderungen ab, auch die Mittel bezw. die Zinsgarantie für eine Eisenbahn von Lüderitzbucht nach Rabub und die ad hoc vor den Reichstag gebrachte Fortsetzung des Reetmanshoop (Südwestafrika), sowie die Kamerunbahn Duala-Menengubabergen. Energetisch bekämpfte die Fraktion die geforderte Errichtung eines Kolonialstaatssekretariats, das schwere, heute ganz unübersehbare Folgen in politischer und finanzieller Beziehung haben muß. Daß die Etablierung eines solchen Staatssekretariats, mit einem Prinzen an der Spitze, zu neuen enormen Kolonialforderungen führen wird, hat auch ein Mitglied der Rechten verraten. Das Sekretariat wurde erst in zweiter Lesung mit 127 gegen 110 Stimmen angenommen, es fiel aber in dritter Lesung mit 142 gegen 119 Stimmen, dafür wurde mit 117 gegen 64 Stimmen und 91 Enthaltungen ein Unterstaatssekretär bewilligt, während bisher dem Amte ein Direktor vorstand. Die deutsche Kolonialpolitik mit ihrer Sinn- und Systemlosigkeit, mit ihrer Begünstigungs- und Protektionswirtschaft, ihren großen Ungerechtigkeiten gegen Eingeborene hat im verflochtenen Sessionsabschnitt wenigstens teilweise eine arge Bloßstellung erfahren. Den Versuchen, die Kolonialkritik und die Aufdeckung der zahllosen Mißstände einzuschränken, wird die Sozialdemokratie energig entgegengetreten, ohne die grundsätzliche Bekämpfung der kapitalistischen kolonialen Eroberungs- und Ausbeutungspolitik nur einen Augenblick zu unterlassen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine neue Brüstung des Reichstages hat sich Oberst v. Deimling, der Nachfolger Trothas, erlaubt. Wie der „Freie Stg.“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat er auf eigene Faust den Weiterbau der Eisenbahn Lüderitzbucht—Rabub bis Reetmanshoop angeordnet, obwohl der Reichstag in seiner Sitzung am 26. Mai d. J. die zweite Rate für den Eisenbahnbau von Lüderitzbucht nach Rabub und Fortführung der Bahn nach Reetmanshoop (5 Millionen Mark) mit 182 gegen 95 Stimmen abgelehnt hat. Oberst v. Deimling ist darüber genau orientiert, denn wie noch in aller Erinnerung, hielt er zur Begründung des Baues der Eisenbahn Rabub—Reetmanshoop jene berühmte Rede, in der er den Reichstag aufs heftigste brüskierte. Oberst v. Deimling hatte damals seine Rede mit den Worten geschlossen:

„Man, meine Herren, was soll ich den Truppen sagen (lebhaftes Zurufen links), wenn ich hinauskomme? Soll ich ihnen sagen: die Eisenbahn, die Euch der Reichstag am Weihnachtstag zum Geschenk gemacht hat, die läßt er jetzt im wahren Sinne des Wortes bei Rabub im Dreifachen? (Lachen links.) Soll ich den Leuten sagen, daß sie im Stiche gelassen werden? Nein, meine Herren, geben Sie mir die Gewißheit mit, daß die Bahn gebaut wird!“ (Lebhaftes Zurufen rechts und bei den Nationalliberalen. Unruhe links.)

Der Reichstag aber lehnte trotz oder vielleicht wegen dieser „schneidigen“ Rede den Bahnbau ab. Jetzt hat der Oberkommandierende in Südwest über den Kopf der Volksvertretung hinweg und im Gegensatz zu ihrem fest ausgesprochenen Willen den Weiterbau eingeleitet. Was gebietet der Leiter der Kolonialabteilung hierbei zu tun? Ein bloßes Verbot des Weiterbaus kann unmöglich genügen. Der Oberst, der sich anscheinend als ein kleiner Selbstherrscher fühlt, muß sofort seines Postens enthoben und definitiv aus den Reichsdiensten, natürlich ohne Pension, entlassen werden. Geschieht das nicht, dann macht sich der Kolonialprinz direkt zum Mitschuldigen des Deimling.

Freisinn! Der Nürnberg „Frankische Kurier“, ein „entschieden liberales“ und unentwegt dummdreist sozialistischeres Blatt, hängt seine nationalökonomische und sozialpolitische Ignoranz in folgenden charakteristischen Bemerkungen zur allgemeinen Kenntnisnahme hinaus: „Was in diesem Sommer durch die Streiks der Stadt Nürnberg verloren ging, das geht in die Millionen. Es ist ein Jammer mit anzusehen, wie die Leute in den schönsten Monaten des Jahres lieber faulenzten als sich einen guten Groschen Geld verdienen. Im Winter schreit man dann wieder aus voller Kehle nach Nothstandsarbeiten.“ — Es ist ein Jammer zu sehen, wie fürchterlich der Freisinn heruntergekommen ist und sich heftig bemüht, noch immer weiter zu degenerieren.

In Deutschland machen wir das so. Ein neuer kolonialer Mißgriff wird in einer Zuschrift geißelt, die im „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht wird. Darin heißt es: „Zum Gouverneur von Kamerun ist tatsächlich der Geheimrat Degatonrat Selg ernannt worden. Es ist zwar auffallend, daß seine schon vor geraumer Zeit erfolgte Ernennung nicht publiziert wurde, obwohl der neue Gouverneur bereits seine neue Amtstracht bei — v. Toppelskirch u. Co. bestellt hat. Freilich spielt die Amtstracht in Kamerun eine ganz bedeutende Rolle; wie Selg in seinem Tage-

Aber Kamerun mittelst, war die erste Verordnung, die seitens des Reiches über Kamerun erging, die über die Umformung des Gouverneurs. Die Kameruner selbst werden über die Ernennung wohl weniger Freude empfinden. Noch im letzten Winter erzählte in der Budgetkommission ein Abgeordneter, ihm sei aus Kamerun mitgeteilt worden, daß man dort sage: „Lieber zehn Puttkamer als einen Selz.“ Selz war früher als Kanzler und stellvertretender Gouverneur in der Kolonie tätig. Der neue Gouverneur hat damals gegenüber der Behauptung des Abgeordneten nur gelächelt. Uebrigens ein Verhalten eines Regierungsbeamten gegenüber einem Volksvertreter, daß in keinem anderen Parlament der Welt ungeahndet hingehen würde. Nachdem nun trotz aller Warnungen der Presse Herr Dr. Selz doch zum Gouverneur von Kamerun ernannt und damit die öffentliche Meinung von der Kolonialverwaltung aufs neue herausgefordert worden ist, ist es geboten, an einem Abriss der Geschichte der kolonialen Verwaltungstätigkeit des Herrn Dr. Selz zu zeigen, wie großartig diese Herausforderung ist. Das harte Wort gewisser Kameruner Presse über Dr. Selz wird erklärlich, wenn man sich an einzelne Vorkommnisse seiner früheren Amtstätigkeit erinnert, zum Beispiel an die Mißhandlung eines schwarzen Soldaten, der dieserhalb in ärztliche Behandlung sich begeben mußte. Aktive Kolonialbeamte haben diesen Vorgang mit angesehen und können hierüber eithliche Aussagen machen. Man frage auch den früheren Stationsleiter Leuschner in Bona. Als ein Hauptübel der bisherigen Kolonialpolitik hat man das Vertuschungssystem bezeichnet; es erscheint uns im höchsten Grade zweifelhaft, ob Dr. Selz der geeignete Mann ist, um hier aufzuräumen. So hat Abgeordneter Dr. Bachem dreimal nach den Weltblättern von Witale in Ostafrika fragen und sich im Reichstage über die Hinterhältigkeit der Regierungskommission beklagen müssen, ehe er von Dr. Selz Antwort erhielt. Dem Reichskanzler ist noch im Juni dieses Jahres eine Meldung zugegangen, wonach Dr. Selz eine ihm auf dem Dienstwege zugegangene Anzeige gegen einen ihm untergebenen Beamten wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt nicht weiter verfolgt habe, obwohl er als stellvertretender Gouverneur hierzu verpflichtet war. Weiter mußte Dr. Selz im Reichstage selbst zugeben, daß die Einnahmen aus dem Pulvermonopol in Deutsch-Ostafrika den Einnahmen aus dem Eisenbahnbetrieb zugehört worden sind; Dr. Selz meinte „aus Versehen“; wir haben genügenden Anlaß, dieses „Versehen“ als ein „höchst eigenartiges“ zu bezeichnen, wie das auch der Rechnungshof getan hat. Das gesamte Verhalten des neuen Gouverneurs im letzten Winter bei den umfangreichen Kolonialdebatten kann sehr wenig Hoffnung erwecken, daß er mit diesem allseitig verurteilten System aufzuräumen wird. — Schon nach dieser Darstellung der Tätigkeit des Dr. Selz muß es Wunder nehmen, daß man einen solchen Menschen zum Gouverneur ernannt hat. Doch hiermit ist sein Sündenregister noch nicht erschöpft: Dr. Selz war auch Finanzreferent in der Kolonialverwaltung. Er duldete als solcher, daß einem Beamten (Korvettenkapitän) eine Zulage gegeben wurde, welche mit dem klaren Wortlaut des Etats im Widerspruch stand; er nahm keine Stellung gegen die Budgetrechtsverletzungen und hat selbst noch die Monopolverträge mit Boeramaan und Toppelstörck zu verteidigen gesucht! Das allein sagt mehr als genug. Fürwahr, bei uns herrschen nicht mehr russische, sondern über-russische Zustände.

Das Flotten-Märchen. Die Frau, die nach bürgerlicher Anschauung in der Politik nicht mitreden soll, wird schon seit einigen Zeiten zur Flottenfrage herangezogen. Ein „Flottenbund deutscher Frauen“ wurde gegründet, dessen Aufgabe aber keineswegs darin besteht, die kapitalistischen Herren Gemahle zur Zahlung der Steuern zu nötigen, die der rasche Flottenbau immer mehr erfordert. Vielmehr beschäftigt sich der weibliche Flottenbund mit allerlei komischen Bittelversuchen, es werden kleine Blechschiffchen fabriziert und den Mitgliedern als Flottensparbüchsen angeboten und dergleichen mehr. Das ganze Gebahren kennzeichnet sich als ein neuer Sport der Damen, die mit ihrer Zeit vernünftiger nicht anzufangen wissen. Verschiedene Amtsblätter geben sich jetzt wieder dazu her, einen Aufruf des Zentralvorstandes dieses Flottenbundes deutscher Frauen zu veröffentlichen. An der Spitze dieses Aufrufs steht ein poetischer Erguß, der so formvollendet ist, daß er mindestens von einem zweiten Goethe herrührt. Es heißt in ihm: „Helft uns, ihr Schwestern, ein Schiff zu bauen. Ein mächtiges Schiff im Panzerkleid, Helft uns, solange es Friedenszeit.“ Dann wird den Frauen weisgemacht, die Flotte, die „noch jung und schwach ist“, müsse wachsen „zum Schutz unserer Küste“. Der Zentralvorstand, als dessen Vorsitzende immer noch Frau Lein Märchen Müller in Hannover zeichnet, laßt dann weiter: „Wie die wüchsigen, fleißigen Armeisen raslos die schweren Lasten zusammentragen, bis der große Bau vollendet ist, so laßt uns Scherstein um Scherstein zusammentragen, bis wir dem deutschen Reich ein ganzes, großes Kriegsschiff schenken können.“ — Da wird das Deutsche Reich recht lange warten können. Selbst wenn sich die deutschen Frauen mit den deutschen Schuljungen, die neulich für die Flotte gesammelt haben, zusammenschließen, werden nicht einmal mit einem Menschenalter die 30 Millionen Mark zusammengebracht werden, die für den Bau eines einzigen Panzerschiffes nötig sind. Aber hoffen wir im Interesse der unablässigen Bemühungen von Frau Lein Märchen Müller, daß wenigstens im Laufe der Zeit das Geld zu einem Kanonenerrohr zusammenkommt.

Weg mit § 166! Ueber die unheilvolle Wirkung des § 166 des Strafgesetzbuches, der von Religionsvergehen handelt, hat Professor Kahl in den Vorarbeiten zur deutschen Strafrechtsreform eine statistische Aufstellung gegeben. Er hat 22 Jahrgänge von 1881 bis 1903 untersucht, zunächst um sich eine Ansicht über die Strafmaxima zu bilden. Danach sind im Deutschen Reich in diesen 22 Jahren 6921 Verurteilungen wegen Religionsvergehen in bisheriger Stille erfolgt, und in diesen 6921 Fällen wurde 22 mal das Strafmaß von 2 Jahren erreicht oder überschritten, 158 mal blieb es im Rahmen zwischen 1 und 2 Jahren, 1551 mal zwischen 3 Monaten und 1 Jahr. In 6190 Fällen wurde auf Gefängnis bis zu 3 Monaten oder nach bloßen Tagen erkannt, darunter seit 1890 in 589 Fällen auf Gefängnis von weniger als 4 Tagen. Trotz dieser geradezu niederschmetternden Zahl von Verurteilungen

wegen Religionsvergehen scheint Professor Kahl vor der Konsequenz zurück, der Forderung einer völligen Beseitigung des § 166 zuzustimmen. Er will nur die Strafnormen über Religionsvergehen in wahrhafte Verhältnismäßigkeit mit den Folgerungen des herrschenden kirchenpolitischen Systems bringen. Das sei nicht leicht, aber auch nicht unmöglich. Der Strafschub sei an die Grundpfeiler der heutigen Verhältnissordnung von Staat und Kirche, an die in der Gesetzgebung ausgeübte ethische Wertschätzung der Religion im öffentlichen Leben einerseits, an Gewissensfreiheit und Parteilichkeit andererseits anzuknüpfen. Professor Kahl schlägt folgende Umgestaltung des § 166 vor: 1. Die Gotteslästerung ist nicht als Unterart der religionsgesellschaftlichen Beschimpfung und nicht als Verletzung des religiösen Gefühls anderer zu behandeln. Vielmehr rechtfertigt und bestimmt sich ihr Strafbestand gegenwärtig allein aus dem objektiven Grunde, daß sie sich darstellt als rechtswidriger Angriff gegen das in Reichs- und Landesgesetzgebung für staatlich wertvoll gehaltene und darum geschützte öffentliche Interesse an der Religion. Mit diesem Gesetz ist sie selbständiges Vorgehen gegen die öffentliche Ordnung. Maß hienach einerseits das Erfordernis der Vergergerregung als Voraussetzung der Strafbarkeit entfallen, so ist andererseits eine Festlegung der Gesetzbestimmung zu wählen, welche die Gewissensfreiheit in allen Erscheinungsformen ausdrücklich und vollkommen schützt und überhaupt eine nicht in bestimmter gotteslästerlicher Absicht geschehene Handlung von der Rechtswidrigkeit ausschließt. 2. Soll eine besondere Strafbestimmung gegen Beschimpfung von Religionsgesellschaften bestehen, so ist ohne Spezialisierung der Objekte der Strafschub auf alle im Reich mit Religionsübung zugelassenen Religionsgesellschaften als solche auszudehnen und der Begriff der Beschimpfung selbst dahin ausdrücklich zu beschränken, daß er nur die in roher Form und gemeiner Absicht geschehene Äußerung umfassen kann. Als Mobilität des objektiven Tatbestandes ist neu aufzunehmen, daß die Handlung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise geschehen war. Durch dieses das entscheidende Staatsinteresse bezeichnende Merkmal bestimmt sich auch die systematische Stellung unter den Vergehen gegen den öffentlichen Frieden. Eine privilegierende Bestimmung zugunsten von Religionsdienern, welche sich in Ausübung ihres Berufs einer solchen Beschimpfung schuldig gemacht haben, erscheint nicht gerechtfertigt. — Alle diese lausculartigen Bestimmungen, die von jedem Richter beliebig eingeschränkt und ausgedehnt werden können, werden die Sache gegen den jetzigen Zustand nicht verbessern. Selbst in kirchlichen Kreisen mag man von dem ominösen Paragraphen teilweise schon nichts mehr wissen. Also weg mit ihm!

Wieder ein Drama an der russischen Grenze. Wie jetzt erst bekannt wird, wurde zu Anfang voriger Woche an der russischen Grenze ein auf dem gräßlich vielbesprochenen Gute Wielkaja bei Gardsben tätiger russischer Gutarbeiter von russischen Grenzsoldaten erschossen. Der Arbeiter ging des Nachts mit einem Freunde jenseits der preussischen Grenze auf einem Fußwege spazieren, als beide von russischen Posten angerufen wurden. Als der Ruf: „Stoj“ erklang, blieb nur der Freund stehen, während der russische Arbeiter schleunigst die Flucht ergriff. Dies wurde ihm zum Verhängnis, denn bald brach er, von einer Kugel durch Lunge und Herz getroffen, lautlos zusammen. Der Posten will in den beiden Personen einen Schmugglerzug vermutet haben, die Unterjuchung aber ergab, daß weder der eine noch der andere irgend welche Waren bei sich hatte. Der Erschossene hinterläßt eine Frau und neun Kinder. — Die deutsche Regierung aber schweigt zu solchen Schandtaten still.

Wer nicht arbeitet, lebt am besten. Nach einer Schätzung in Fachkreisen soll den rund 20000 Aufsichtsratsmitgliedern der in Deutschland vorhandenen 5000 Aktiengesellschaften jährlich die Summe von 60 Millionen Mark ausgezahlt werden. — Ein ganz einträgliches Geschäft, dieses — Repräsentieren!

Der anzügliche Onkel. Das Leipziger „Tageblatt“ ist in der Lage, einige angebliche Details über die Unterhaltung wiederzugeben, die Onkel und Nefte in Friedrichshof gepflogen haben. Danach habe Wilhelm II. versucht, seinen Onkel zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Anarchisten zu animieren, sei aber damit auf keine Gegenliebe gestoßen. Eduard habe nur sehr kühl geantwortet: er werde dem englischen Minister die Ansichten seines Neffen erzählen. In einem anderen Zusammenhang habe er dann den Hinweis eingeflüßelt, daß eine vorsichtige Behandlung und weise Benutzung der Presse zur Abwehr der Umsturzbewegungen gute Dienste leisten könnte; gerade die russischen Ereignisse könnten verwertet werden, um den gebildeten Klassen die Notwendigkeit einer fest gefügten Staatsordnung recht eindringlich vor Augen zu führen. Beiläufig bemerkte der König, in den germanischen Staaten sei die anarchische Gefahr für die Person der Monarchen nicht groß; sie sei um so geringer, je weniger das Staatsoberhaupt sich unnötigerweise exponiere, und je mehr es die Verantwortung für konkrete Maßregeln und Entscheidungen den verfassungsmäßig zuständigen Instanzen überlasse. — Wollte Eduard anzüglich werden?

Auf die Scharfmacherkunst verzichtete sich seit einiger Zeit wieder die „Deutsche Tageszeitung“ mit ganz besonderem Eifer. Man sucht sie in einem Leitartikel zu beweisen, daß die soziale Reformgesetzgebung nicht der Weg zum sozialen Frieden ist. Diese Gesetzgebung habe die Sozialdemokratie für sich in einer Weise ausgenutzt, die man als „fanatisch“ bezeichnen könne. Das Bündler-Organe zieht dann das bekannte alte Register, das folgende Melodie gibt: „Wir wüßten andere Wege suchen, wenn wir zum sozialen Frieden kommen wollen. Wer den Frieden haben und fördern will, der muß natürlicherweise und unbedingt dafür sorgen, daß diejenigen Elemente niedergehalten werden, welche den Frieden verbrennen, die Zurechtweisung verdammten, den Kampf um jeden Preis wollen. So lange man der Sozialdemokratie nicht anders, nicht enger, nicht entschiedener zu Leibe geht, als bisher, bleibt der soziale Friede ein Trugbild, ein Traumgebilde. Die Sozialdemokratie würde mit ihrem teuflischen Friedenshass, mit ihrer Aufwühlung und Zerrüttung der Masse niemals solche Erfolge erzielen haben, wenn der mindergebildete Staatsbürger nicht aus der Be-

handlung, die sie von oben her erfährt, hätte schließen müssen, daß sie eine gleichberechtigte Partei sei. Wer kann es schließlich dem Lohnarbeiter, der die logischen und historischen Zusammenhänge nicht überblickt, ernstlich verdenken, daß er einer Partei folgt und sich hingibt, die ihm ein wanderbares Wolkenkuckucksheim vorgaukelt, die ihm eine unmögliche Zukunft vorkäuscht, wenn diese Partei ungehindert und ungehemmt, ungehindert und ungehindert ihre Arbeit der Hitze und des Hasses tun darf? Das ist die aller schlimmste Folge der Politik der Macht und der Geschickelassenheit, die wir seit einigen Jahrzehnten der Sozialdemokratie gegenüber verfolgen, daß selbst die ruhigsten Köpfe verwirrt und unruhig werden, weil sie aus der Duldung der Agitation auf ihre Berechtigung schließen. Soll der soziale Friede gefördert werden, so muß hier der Hebel angehebt werden. Das Volk muß wieder spüren und merken, daß die Sozialdemokratie eine Partei ist, die außerhalb der Verfassung steht und keinen Anspruch auf Gleichberechtigung hat. Dadurch wird das Volkseindliche, das Friedensfeindliche ihrer Wirksamkeit wiederum augenfällig und das Volk zur Selbstbestimmung gebracht werden. Dauert aber die wirtschaftliche Entwicklung, wie sie sich jetzt vollzieht, auch in Zukunft an, so genügt, so hilft diese Art der Friedensförderung nicht. Wenn zwischen den beiden Mächten des Großkapitalismus und des Proletariats der selbständige Mittelstand weiter zerrieben wird, wenn das persönliche oder das unpersönliche Großunternehmertum ihn von oben und von unten her ausschaltet, dann werden wir unaufhaltsam und unrettbar in den schlimmsten und blutigsten sozialen Kampf hineingetrieben. Öffnen wir aber, soweit es möglich ist, dem Arbeiter wieder den Zugang zum Mittelstande, erhalten wir diesen mit allen Mitteln, schaffen wir seine Existenzbedingungen, fördern wir seine Entwicklung und setzen wir seine Zukunft, dann machen wir die Bahn frei für die soziale Versöhnung. Der Mittelstand stellt in sich die Versöhnung von Kapital und Arbeit dar. Mittelstandspolitik ist einer der besten, einer der sichersten Wege zum sozialen Frieden.“ — Auf diesen mittelstandspolitischen Uffinn näher einzugehen, verlohnt sich in diesem Zusammenhange kaum der Mühe. Die Idee der politischen Entrechtung der Sozialdemokratie, deren Vater Fürst Bismarck ist, spukt unablässig in den Köpfen unserer Reaktionäre. Sozialdemokraten das Wahlrecht zu nehmen, Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie das Recht, Druckschriften herauszugeben, ihnen zu entziehen — diese schönen Vorschläge sind nach dem Fall des Sozialistengesetzes gelegentlich der Umsturzworlage von Freiherrn von Stumm und Konsorten gemacht worden. Und reaktionäre Wähler, so die „Lübeckischen Anzeigen“, haben oftmals die öffentlichen Gewalten, Polizei, Justiz u. geradegu aufgefordert, gegenüber der Sozialdemokratie nur ja nicht an Recht und Gesetz sich zu halten, unbedenklich das Recht zu beugen. Aber diese „Debnungs“-Politiker zeigen damit nur ihre ohnmächtige Wut. Eine Bewegung, die Millionen umfaßt und sie immer mehr zur innersten Ueberzeugung von ihrem Recht und von der Notwendigkeit einer sozialen Neuorganisation führt, spottet aller der Gewaltmittel, welche die Scharfmacher in petto haben.

Rußland.

Die russische Reaktion. Aus Petersburg erhält die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ folgenden Bericht vom 27. August: Nach dem letzten politischen Streit fiel die Regierung mit Wut über die befreiende Bewegung her. Jetzt ist die oppositionelle Presse erzwungen, keinerlei Versammlungen zu veranstalten, die Gewerkschaften sind aufgelöst, ihre Leiter ins Gefängnis geworfen. In Petersburg sind 40 Gewerkschaften verhaftet, die bis 40000 Mitglieder zählten. Verhaftungen und Ausweisungen großer Parteien von „Politikern“ sind eine alltägliche Erscheinung geworden. Im Laufe der letzten Woche sind aus Petersburg 2300 derartige „Verbrecher“ ausgewiesen worden. Die Willkür der kaiserlichen Gewalttäter kennt keine Grenzen; was am meisten dabei auffällt, ist nicht sowohl ihre Grausamkeit als vielmehr ihre Sinnlosigkeit. So berichten die Zeitungen von einem 14jährigen Knaben Scherfjot, Schüler der untersten Klasse der Feldscherschule in Poltawa. „Nach einer Hausdurchsuchung, wobei nichts gefunden wurde als Abschriften der Züge vom „Trauermärchen“ und der russischen „Marxellasse“, wurde dieses Kind arretiert und als politischer Verbrecher eingekerkert. Dieser Dorfkunde, dem Aussehen nach wohl nicht älter als zwölf Jahre, läuft nun eine ganze Woche lang wie ein gefangenes Tier in seiner Zelle hin und her, schreit und schlingt un-aufhörlich, ohne jedoch bei den Nachhabern besondere Aufmerksamkeit zu erregen.“ Das Ungetüm dürrtet nach Blut. Die kaiserliche Regierung errichtet immer neue Schafotte für die Freiheitkämpfer. In den letzten sieben Tagen haben die Kriegsgerichte in Summa 52 Todesurteile verhängt, von denen bereits 48 vollzogen sind: 18 in Keval, 13 in Kronstadt, 7 in Pelingfors, 5 in Eflis und 5 in Wladivostok. Es ist einleuchtend, daß die Gewalttaten der kaiserlichen Regierung keine „Wiederherstellung der Ordnung“ herbeizuführen imstande sind. Davon zeugen deutlich die Ereignisse der verfloffenen Wochen in Polen. Im Laufe eines Tages, am 2/15. August, wurden in Warschau 4 Quartalaufseher, 13 Schutzmänner, 7 Gendarmen, 4 Soldaten, im ganzen 28 Mann, getötet und 8 Schutzmänner, 2 Quartalaufseher, 2 Gendarmen und 6 Soldaten, im ganzen 18 Mann, verwundet. In den übrigen Städten Polens sind im Laufe von 3 Tagen 17 Polizisten verschiedenen Ranges getötet worden. Die Regierung sucht die Bewegung mit den traditionellen außergewöhnlichen Maßregeln zu hemmen, durch schwere Repressalien zu erschrecken. Sie hat beschlossen, nach Polen neue Heeresmassen zu versetzen und will Strafexpeditionen dahin anordnen. Auf den roten Revolutionsterrore reagiert sie mit Niederschießen meist friedlicher Bürger en masse, ohne zwischen Schuldigen und Unschuldigen einen Unterschied zu machen. Am 3/16. August wurde in Warschau von den Soldaten blind ins Volk hineingeschossen, wobei 150 Verwundete und 16 Tote registriert sind. Der berüchtigte Geheimpolizeilagent Ratschowski ist ins Ausland kommandiert, wohin er sich zusammen mit dem ehemaligen Premier Goremylin auf die Reise begeben hat.

Ein neuer Helfer für russische Anleihen. Russische Genossen machen uns auf folgendes aufmerksam: Gegenwärtig wird unzählige Male die Möglichkeit neuer russischer Anleihen offiziell dementiert. Solche Dementis tauchen aber gewöhnlich vor der tatsächlichen Aufnahme neuer Anleihen auf. Wie der Petersburger Korrespondent der „Post. Btg.“ mitteilt, hat ihm Finanzminister Kolozowow mündlich gesagt: „Ich werde mich an das Ausland unter keinen Umständen mit neuen Entlohnungen wenden. Sollten jedoch ausländische Bankiers mit solchen Vorschlägen an mich herantreten, so werde ich die Herren natürlich gern anhören.“ Diese außerordentlich zweifelhafte Erklärung läßt die Möglichkeit neuer Anleihen tatsächlich zu. Kürzlich meldeten die Zeitungen, der Vorsitzende des Hilfsvereins der deutschen Juden, Dr. Nathan, wäre am 19. August von Stolypin empfangen worden und 24 August hätte eine zweite Unterredung zwischen ihm und Dr. Nathan stattgefunden. Dem „Berl. Tagebl.“ wird berichtet, daß die Bedeutung dieser Unterredungen sehr hoch eingeschätzt ist, indem man von Stolypin Erleichterungen für die Lage der russischen Juden erwarten könne. Offenbar wünscht Dr. Nathan den russischen Juden zu helfen, er hat sich aber an die verfehlte Adresse gewandt, er will den Tod zum Gärtner machen. Der russischen Regierung hat es nie an schönen Versprechungen gefehlt; der Dumaverstatter Stolypin pflegt sich besonders gern in „Liberalismus“ zu drapieren. Sein Zweck ist aber zur Geringe bekannt: die russische Regierung will Westeuropa imponieren, um Geld zu bekommen. Kolozowow wird die ausländischen Bankiers gern anhören. Die Bankiers aber übernehmen bereitwillig neue russische Anleihen, wenn die Waffe des Publikums, das Papiere kauft, für die russischen Werte günstig gestimmt ist. Die Intimität zwischen Stolypin und Dr. Nathan wird gerade auf das westeuropäische Publikum in einem für den russischen Finanzminister günstigen Sinne einwirken. Durch Dr. Nathans Entgegenkommen wird Stolypins Pseudoliberalismus sanktioniert, er wird Vertrauen zu ihm erwecken. Stolypins Lieblingen mit Dr. Nathan hat den einen Zweck: Geld pumpten. Dr. Nathan will den Juden helfen, er trägt aber seinerseits dazu bei, daß die russische Regierung neues Geld bekommt, um Judenmassaker inszenieren zu können. Dr. Nathans Verhalten ist, gelinde gesagt, höchst gefährlich. Es ist gegen solche Intimität mit der Bogomregierung zu protestieren, da sie tatsächlich neue russische Anleihen erleichtern kann.

Straßenschlacht in Libau. In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend ist es nach einer „Tag“-Melbung in Libau zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Die Melbung lautet: Als hier auf einen Gefangenen-Transport ein Ueberfall ausgeführt wurde, schlugen die Aufseher sofort Alarm. Das Militär gab mehrere Salven ab. Bisher wurden acht Tote nebst vielen Verwundeten ermittelt. Mehrere Häuser wurden von Kugeln durchlöchert, wobei eine an den Vorgängen gänzlich unbeteiligte Mutter mit ihrem Säugling, den sie an der Brust trug, getötet wurde. Als der Polizeimeister mit Geflühen und Soldaten zum Schauplatz des Tumults eilte, wurden sie an der Straßenecke mit Revolversalven empfangen; ein Revieraufseher wurde verwundet. Auch an anderen Stellen kackten zahlreiche Revolver, wobei ein Schutzmann verwundet wurde. Wie es scheint, hängen diese Affären alle miteinander zusammen, da sie auf dem Wege zum Bahnhof stattfanden, wo die Gefangenen abtransportiert werden sollen.

Neue Attentate sind am Sonnabend abend verübt worden. In dem einen Fall handelte es sich um einen Bombenanschlag in Grodno, durch den 6 Personen verwundet wurden und der einen Kampf zwischen der Polizei und der Bevölkerung zur Folge hatte, im andern um die Ermordung des Bezirksgerichtspräsidenten Remezoff in Tula. Es wird darüber gemeldet: Sonnabend abend wurde auf Polizisten, die auf dem Gymnasiumplatz in Grodno standen, von einem Manne eine Bombe geworfen, durch die 5 Personen verwundet wurden. Als der Gehilfe des Polizeioffiziers auf den davon eilenden Uebeltäter feuerte, wurden aus der angammelten Volksmenge Revolvergeschosse abgegeben. Die Polizisten erwiderten das Feuer. Auf Seiten der Polizei wurden der Polizeioffizier und ein Schutzmann leicht verwundet und aus der Menge eine Frau und zwei Männer leicht, einer schwer verletzt. — Der Präsident des Tulaer Bezirksgerichts Remezoff wurde Sonnabend in seiner Villa durch acht Revolvergeschosse ermordet. Die Täter enttamen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 3. September.
Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flussschiffer! Ueber den Betrieb von A. Solst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Achtung, Holzarbeiter. Nach Aufhebung des Streiks sind die Kollegen ausgesperrt. Zutritt von Tischlern, Drechslern, Maschinenarbeitern und Sälsarbeitern ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Byzantinisches. Die hiesige Inseratenplantage, die leider noch sich weitgehendster Unterstützung der Lübecker Arbeiterschaft erfreut, brachte in der letzten Woche einen Bericht über die Taufe des Kronprinzenjohnes, der im widerlichsten byzantinischen Stil gehalten ist. Es heißt dort u. a.: „Der durchlauchtigste Täufling war in Begleitung der Leibpagen, des Kronprinzen und der Kronprinzessin in die zunächst der Taufkapelle gelegenen Gemächer gebracht worden. Nunmehr wurde Höchstderselbe, geführt vom Hofmarschall v. Trotha, durch die Oberhofmeisterin, Freifrau v. Tiele-Winckler, bis an die Tür der Taufkapelle getragen. Die Hofdamen Burggräfin und Gräfin v. Dohna-Schlobitten und Fräulein v. Hellborn hielten die silberbrokatene Schleppe des hohen Täuflings. Kammerherr Graf v. Bismarck-Doblen schloß den Zug. Die drei Damen trugen Courroben. An der Tür der Taufkapelle übergab die Oberhofmeisterin, Freifrau v. Tiele-Winckler, den durchlauchtigsten Täufling der Prinzessin Victoria Luise, welche, während die Ehrenposten präsentierten, mit Höchstdemselben vor dem Altar trat.“ — Öffentlich bekommen unsere Leser beim Lesen dieser Zeilen kein Bauchgrimmen. Aber das ist wirklich veröffentlicht worden und es gibt, wie bereits gesagt, Arbeiter, die für ein solches Blatt ihr Geld wegwerfen!

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat August auf 735 (632), die der Besucher auf 789 (687). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 135 Personen. Auskünfte wurden erteilt 774 (690), darunter nach auswärts schriftlich 14 (11). Von den Besuchern waren organisiert 362 (337) Personen, und zwar gemeinschaftlich 258, politisch 10, gewerkschaftlich und politisch 94. Unter den verbleibenden 427 Nichtorganisierten befanden sich 103 Angehörige von Organisierten und 173 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 538 (478) männlich, 247 (203) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 712 (609); selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. und deren Angehörige 73 (72); Organisationen 4 (6). In Lübeck-Stadt halten von den Besuchern 629 (672) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 40 (35), Eldenburg 79 (42), Mecklenburg 21 (12), Preußen 16 (22) und sonstwo 4 (4). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 206 (158), Arbeits- und Dienstvertrag 123 (93), bürgerliches Recht 276 (300), Strafrecht 72 (64), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 64 (43), Arbeiterbewegung 6 (3), Privatversicherung 7 (7), Handels- und Gewerbesachen 6 (3), Verschiedenes 15 (19). Von den Auskünften machten 136 (93) die Unterbringung von 158 (111) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 37 (31) sonstige Briefe und Postkarten. Eingingen 108 (123) Postsendungen. Der 20. August zeigte mit 55 (51) die höchste, der 29. August mit 6 (8) die niedrigste Besucherzahl.

Zwei neue, gefährliche Pflanzenkrankheiten. In den letzten Jahren hat sich in verschiedenen Teilen Westdeutschlands eine eigentümliche Erkrankung der Kartoffeln, die Ringkrankheit gezeitigt. Schneidet man eine derartig erkrankte Kartoffel der Länge oder Quere nach durch, so bemerkt man in beiden Fällen: oder 1 Zentimeter unter der Schale einen mehr oder weniger vollständigen, braun gefärbten Ring. Sogen die Knollen noch an der Pflanze, so kann die Braunfärbung oft in den Stengel und dessen Verzweigungen hinein verfolgt werden. Neugierlich pflegen von der Ringkrankheit befallene Kartoffel ganz gesund auszusehen. Bei dem Aufbewahren im Keller werden solche Knollen durch Vermorchen hohl oder faulen; von innen nach außen. Werden erkrankte Knollen zum Pflanzen benutzt, so wird damit die Krankheit auf das Feld und die neue Ernte übertragen. Das Kraut bleibt zuweilen im Wachstum zurück, die Blätter zeigen oft braune Flecke, jedoch keineswegs immer, der Ertrag an Knollen bleibt gering oder scheinbar ziemlich normal, da die Knollen, äußerlich gesund aussehend, innerlich den erwähnten braunen Ring zeigen und mehr oder weniger glasig sind. Um einer Weiterverbreitung der Ringkrankheit entgegen zu treten, überzeuge man sich durch Zerschneiden einzelner Saatkartoffeln von deren Gesundheit, vermeide aber zerschnittene Kartoffeln als Saatgut zu verwenden, da die Schnittfläche das Eindringen der Krankheitskeime — es sind auch hier Bazillen — möglich machen, während dieselben durch die gesunde und unverletzte Haut einer Kartoffel nicht eindringen vermögen. Die zweite Krankheit ist der amerikanische Stachelbeermehltau. Er wurde bisher bei uns in Deutschland nur im östlichen Teil beobachtet, dennoch ist es geraten, schon jetzt auch bei uns, ein Augenmerk auf diesen neuen gefährlichen Verderber unserer, obnein schon oft genug heimgesuchten Stachelbeersträucher, zu haben. Gewöhnlicher weißer Mehltau kommt oft auf den Blättern der Stachelbeersträucher vor, geht aber selten auf die Früchte über und tut im Allgemeinen wenig Schaden. Der amerikanische Mehltau befällt Blätter, Triebe und Früchte, überzieht sie mit einem anfänglich ebenfalls weißen, mehligem Ueberzug, der aber auf den Trieben und Beeren sehr bald braun, dabei dick, ledrig oder filzig wird. Die befallenen Beeren bleiben im Wachstum zurück, platzen auf, fallen ab und sind ungenießbar. Wo der Pilz auftritt, verbreitet er sich gewöhnlich rasch. Frühzeitige Bespritzung mit Kupferalkalifluor beugt vor, später bleibt wohl nur Ausreizen und Verbrennen der erkrankten Sträucher übrig, um die noch gesunden zu retten. Bei der großen Schädlichkeit dieses Kistes ist es angezeigt, bei dem Anlauf fremder Stachelbeersträucher, namentlich aus den wäldlichen Gegenden, vorsichtig zu sein und bei den ersten verdächtigen Anzeichen sachverständigen Rat einzuholen. Im Mitteilungen aus hiesiger Gegend über etwaiges Auftreten sowohl der Ringkrankheit der Kartoffel, wie des amerikanischen Stachelbeerrostes, sowie Einbringung erkrankter Pflanzenteile ersucht Professor Dr. Lenz-Lübeck.

Gefundene Gegenstände. Im Monat August d. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgeholt worden: Diverse Portemonnaies, sowie Handtaschen mit und ohne Inhalt, 1 silberne Herrenuhr, 1 Nadeluhr, 2 Damenringe, 1 goldene Halskette, 1 Brille, 2 Kneifer, mehrere Handtische, 1 schwarzer Damenschirm, 1 Fahrrad Luftpumpe, 1 brauner Damengürtel, 1 Damen-Strohhat, sowie mehrere Paar Handschuhe und Taschentücher.

Straßenverre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Gartenstraße von der Drehmerstraße bis zur Humboldtstraße von Montag, den 3. d. Mts., ab auf etwa 14 Tage für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Die Ringkampf-Konkurrenz, die in den letzten Wochen im Hansa-Theater zum Austrag kam, hat gestern ihr Ende erreicht. Das Publikum war sehr zahlreich erschienen und zeichnete alle Ringer durch lebhaften Beifall aus. Den ersten Preis erhielt John Bohl-Hamburg, der als Sieger aus allen Kämpfen hervorging. Der zweite Preis fiel Krook-Schweden zu, den dritten Preis errag Ribbacher-Oesterreich und den vierten Oglui Turkestan.

Wilhelm-Theater. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Die Spielzeit neigt sich bereits ihrem Ende zu, am 16. September findet die letzte Vorstellung statt. Kurz vor Lorchluß bringt die Direktion noch eine interessante Novität: Gustav Kadelburgs neuester Schwank „Der Weg zur Hölle“, welcher am Lustspielhaus zu Berlin mit ungeheuren Erfolge in Szene ging und schon jetzt von 300 Bühnen, teils aufgeführt, teils zur Aufführung angenommen, ist für das Wilhelmtheater erworben und wird daselbst am 9. September seine Erst-Aufführung erleben. Für die Hauptpartie ist Herr Georg Broack gewonnen. Ueber den Erfolg in Hannover berichtet der Hann. „Volkswille“. Der Kadelburgsche Schwank ist in dem Genre der französischen Poffen gearbeitet, unterscheidet sich aber von ihnen wohlthuend dadurch, daß er zotenrein ist. Schon der erste Akt bringt nette Einzelheiten, während der zweite sehr flott und lustig geschrieben ist und auch der dritte Akt noch so wirksame Szenen enthält, daß die Stimmung des Publikums nicht abflaut.

Meisling. Eine Kaffeefestfeier hatte der hiesige sozialdemokratische Verein am Sonntag in Schreiber's Kaffeehaus veranstaltet. Die Ansprache hielt Genosse Löwig-Lübeck, der kurz das Leben und Wirken des

großen Agitators skizzierte. Der Besuch der Feier hätte besser sein können.

Niendorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Schönberg. Ein netter Jugendbildner. In der Schöffensitzung hatte sich der Lehrer M. in Bietzen wegen Körperverletzung im Amte zu verantworten. Derselbe hatte die 13-jährige Schülerin Frieda Wietfeld oberartig geächtigt, daß sie blutunterströmen auf dem Rücken davontrug. Der Angeklagte ließ durch seinen Verteidiger ausführen, daß durch die Striemen noch nicht eine Leberschwellung des Blütigungsrechtes bewiesen sei; er müsse vielmehr behaupten, daß eine wirkliche körperliche Blütigung immer Striemen hervorruft. Wenn dem Lehrer dies Recht abgesprochen würde, so würde dies zu unhaltbaren Zuständen führen, sowie seine Autorität als Lehrer untergraben, und es würde ihm nicht möglich sein, in einer Schule von 55 Kindern die Ordnung aufrecht zu erhalten. Das Gericht sprach den Lehrer M. frei. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. — Nach Ansicht des Lehrers — und jedenfalls auch des Gerichts — kann man vielleicht erst dann von einer Ueberdeutung des Blütigungsrechtes sprechen, wenn ein Kind zum struppelgeschlagen ist. Gegen diese Auffassung muß jedoch entgegengesetzte Protest erhoben werden. Zugleich zeigt der vorliegende Fall, wie notwendig es ist, das Blütigungsrecht der Lehrer, wie es gegenwärtig besteht, aufzuheben.

Hamburg. Anarchisten-Schwindel. Den „Hamburger Nachrichten“ zufolge wurde hier Sonnabend vormittag ein Russe namens Jakubowski in der Steinstraße verhaftet. Bei einer vorgenommenen Hausdurchsicht fand man Waffen, Sprengstoffe sowie eine große Anzahl revolutionärer Schriften und Briefe in russischer Sprache. — Wie der „Hamb. Corr.“ meldet, handelt es sich hier wieder um eine der bekannten Schwindelmeldungen, die in den „Hamb. Nachr.“ sehr häufig vorkommen.

Altona. Eine Liebestragödie hat sich am Sonnabend nachmittag in der Varnerstraße Nr. 10 abgespielt. Der Zigarrenhändler Hubert Spolders wollte dort mit seiner Geliebten, mit der er sich inzwischen hatte, eine Verlobung herbeiführen. Als er die Tür verschlossen fand und ihm trotz mehrmaligen Pochen nicht geöffnet wurde, zog er ein Dolchmesser aus der Tasche und stieß sich dieses mehrmals tief in die Brust, worauf er bewusstlos zusammenbrach. Nachbarn fanden ihn blutüberströmt liegen und riefen schleunigst die Sanitätskolonne der Feuerwehr herbei, die den Unglücklichen unverzüglich nach dem städtischen Krankenhaus brachte. Die Verwundungen, die er sich selbst beigebracht hat, sind sehr schwer und es ist zweifelhaft, ob man ihn noch am Leben erhalten können. Die Geliebte des Sp. befand sich gar nicht in der Wohnung, sondern auf ihrer Arbeitsstätte in Ottenen.

Elmsborn. Aussperrung. Zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen der Norddeutschen Textilwerke und dem Direktor derselben in Elmsborn ist eine Einigung über die Lohnsätze nicht erzielt worden. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen sollen entlassen und die Fabrik geschlossen werden.

Hendenburg. Der Parteitag für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck trat hier am gestrigen Sonntag im festlich geschmückten „Apollosaal“ zusammen. Um 11: Uhr wurde derselbe nach Gesangsbeiträgen mit Begrüßungsworten eröffnet. Nach erfolgter Bureauwahl und Erlebigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde zum Bericht der Agitationskommission geschritten. Berichterstatter war Genosse Fr. Bartels. Derselbe ergänzte den von uns veröffentlichten Bericht und gab u. a. seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Zahl der Parteigenossen sowie der Ortsvereine in erheblichem Maße zugenommen habe. Auch die Beitragshöhe habe sich allenthalben gesteigert. Dennoch sei noch ein gut Stück Arbeit zu verrichten, wie das Verhältnis zwischen sozialdemokratischen Reichstagswählern, Gewerkschaftlern und Parteigenossen beweise. Mit einem Mahnwort zur eifrigen Arbeit schloß Redner seinen Bericht. Den gleichfalls veröffentlichten Klassenbericht ergänzte Gen. Gagne. Der jetzige Klassenbestand betrage 5345,78 M.; hierbei sei jedoch zu bemerken, daß noch Schulden bei der Kieler Druckerei vorhanden seien. Gen. Thomas rügte es, daß die Redaktion des „Hamb. Echo“ einen Antrag der Brecht-Kommission, einen Vertreter zum schleswig-holsteinischen Parteitag zu entsenden, abgelehnt habe. Redner ersuchte, einen Beschluß des Parteitages in dieser Sache herbeizuführen. Hierauf trat die Mittagspause ein. — In der Nachmittags-sitzung wurde zunächst der Bericht der Wahlprüfungskommission erstattet. Anwesend waren insgesamt 106 Delegierte einschließlich der Vertreter der Agitationskommission, der Reichstagsabgeordneten und Kandidaten und der Presse. Aus Lübeck war Gen. Roth, aus dem Fürstentum Lübeck die Genossen G. F. C. Stodolsdorf, E. Zeidler-Schwarzwald und D. Gloe-Cutin, sowie der Reichstagskandidat Stelling erschienen. Nunmehr wurde die Debatte über den Bericht der Agitationskommission fortgesetzt. In derselben wurde u. a. kritisiert, daß die Ertragswahl zum 9. schleswig-holst. Wahlkreis so hohe Geldkosten (7518 Mark) verursacht hat. Der Kreisvertrauensmann, Gen. Meyer-Neufeldt, erklärte die hohen Ausgaben mit der Eigenart der Verhältnisse. Derselbe wurde unterstützt durch den Gen. Adler-Kiel, als Vertreter der Agitationskommission, und durch Gen. Weinheber, den Kandidaten des Kreises. Weiter wurde gewünscht, daß in absehbarer Zeit bedeutend höhere Mittel für die Landagitation aufgewendet werden müßten. Vom Genossen Poller-Kiel wurde das Protokoll der Gewerkschaftskonferenz, speziell das Verhalten des Genossen Müller zur Sprache gebracht. Letzterer habe auf der Konferenz erklärt, daß in dem 7. Wahlkreis gegen den Reichstagsabg. Gen. Legien gehebt worden sei. Redner erklärte es für unwahr, daß in Kiel oder Umgegend jemals in irgend einer Versammlung weder direkt noch indirekt gegen Gen. Legien oder irgend einen Gewerkschaftsführer gehebt worden sei. Da die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt wurde, so vermied es die Redner, auf die vom Gen. Poller angeführte Sache einzugehen. Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Gen. Bartels erklärte Gen. B. Müller-Hamburg in einer persönlichen Bemerkung gegenüber Gen. Poller, daß er (Müller) nicht behauptet habe, es sei in Kiel gegen Gen. Legien gehebt worden. Die Kieler Genossen seien schlau; sie nähmen einen Haufen Gewerkschaftsführer bei den Beinen und schlugen den Gen. Legien damit um die Ohren. Gen. Poller verwahrte die Kieler Genossen gegen den Vorwurf vom Gen. Müller erhobenen Vorwurf und hielt seine vorhin aufgestellte Behauptung aufrecht, deren Richtigkeit abermals vom Gen. Müller bestritten wurde. — Annahme fand sodann ein Antrag, nach welchem die Redaktion des „Hamburger Echo“ verpflichtet ist, sich auf jedem Provinzialparteitag vertreten zu lassen. — Genosse v. Elm erstattete nunmehr den Bericht der im Vorjahre zur Wahl eines Parteisekretärs eingesetzten Kommission.

Dieselbe hat bekanntlich den Genossen Bartels gewährt. — Den Bericht der Staatskommission gab Genosse Heinrich Altona. Redner ersuchte um Annahme eines Antrages, nach welchem jeder Kreis mindestens 10 Pro. der eingegangenen Beiträge an die Agitationskommission abzuführen hat. Weiter befürwortete er einige geringfügige Abänderungen des Voranschlags. Der Parteitag stimmte diesem zu. Der vorstehend erwähnte Antrag (10 Pro.) fand Annahme. — Den Bericht über die Presse gaben die Genossen Krause und Hindfleisch-Kiel. Die Redner konstatierten, daß unser Kieler Parteiblatt sich sehr gut entwickelt habe. In der Debatte befaßte sich Genosse v. Elm mit der Haltung der Pressekommission hinsichtlich einer von ihm (Redner) eingereichten Beschwerde. Hierbei handelte es sich um die Frage, ob der „Vorwärts“ unter seiner früheren Redaktion im Sinne der Mehrheit der Parteigenossen redigiert worden sei oder nicht. Die Redaktion der „Volksztg.“ hatte die Frage verneint, Genosse v. Elm vertrat dagegen den gegenteiligen Standpunkt. Letzterer hatte denselben in einer Zuschrift an unser Kieler Parteiblatt vertreten. Die Redaktion verweigerte die Aufnahme und die Pressekommission gab ihr Recht. Hiergegen wandte sich Genosse v. Elm. Weiter verurteilte Redner die Haltung der Redaktion der „Volkszeitung“, die vor wenigen Monaten in flammenden Artikeln den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft angekündigt hatte. Hiergegen, sowie gegen die Massenstreikspielerei habe sich der sogen. Hirtenbrief der drei schlesw.-holst. Wahlkreise gewendet. Es sei Tatsache, daß sich in unserer Partei Worte und Taten nicht mehr decken. Er (Redner) sei ein Anhänger der Anwendung des Massenstreiks zur Abwehr volksfeindlicher Angriffe auf das Wahlrecht und zur Eroberung eines besseren Wahlrechts (Preußen). Jedoch müsse der richtige Zeitpunkt gekommen sein. Leider herrsche in der Partei die Unsitte, Vorwürfe gegen einzelne Parteigenossen zu richten und dann auf dieselben loszugehen. Das müsse anders werden. — Redakteur Genosse Adler-Kiel ging zunächst auf die vom Genossen Elm erstangeführte Angelegenheit ein und vertat hier den Standpunkt der Redaktion. Bezüglich der zweiten vom Gen. Elm behandelten Sache bestritt Redner, daß in dem angelegenen Artikel: „Fort mit dem Kleinheim“ Illusionen erweckt worden seien. Es sei in dem Artikel angeführt worden, daß angesichts der Kämpfe in Rußland die Fäulnisse zwischen Revisionisten und Radikalen, zwischen Partei und Gemäßigten, aufhören müßten, um Zeit zu gewinnen für ernstere Sachen. Leider habe Gen. Elm den Schluß des Artikels nicht zitiert, der die Tendenz des Artikels klar lege: Die Einigkeit zu fördern sei der Zweck des „verbrecherischen“ Artikels gewesen. Der „Hirtenbrief“ sei gemäß nicht am Blase gewesen, ganz abgesehen davon, daß lediglich der Parteivorstand befugt gewesen sei, derartige Erklärungen — wenn nötig — zu erlassen. (Sehr. Beifall.) — Hierauf trat Vertagung auf Montag ein.

Schwierin. Die Lohnbewegung der Bauarbeiter steht nach wie vor günstig. Da ein Zugzug von Schloßern nach hier so gut wie gar nicht zu verzeichnen war, stieg naturgemäß der Groll der Meister immer mehr, ja er artete sogar in das beliebte Mittel der Maßregelung aus. Obwohl die Meister versuchen, durch Ueberstunden ihre dringlichsten Arbeiten fertig zu stellen, wobei sie nebenher tüchtig darüber lamentieren, daß keine auswärtigen Gesellen als Arbeitswillige sich einfinden, stellen sie doch keine hier arbeitslose verheiratete Gesellen ein. Müde daher keiner auf irgendwelche Inserate hereinfallen.

Sonntag morgen 6 1/2 Uhr entließ nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, der Maurer

Heinrich Höper.
Tief betrauert von seiner Frau
M. Höper, geb. Dülsterdieck, nebst Angehörigen
Die Beerdigung findet statt am Mittwoch vormittag 10 Uhr vom Sterbehause, Pelzerstraße 13. aus. Beginn der Trauerfeier 9 1/2 Uhr.

Heute vormittag entließ sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater
Ludwig Spötter
im 57. Lebensjahre. Tiefbetrauert und schmerzhaft vermisst von den Seinen.
Elisabeth Spötter, geb. Schlators.
Lübeck, den 1. September 1906.
Hundestraße 43 4.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 5. Sept. vorm. 9 Uhr, von der Leichenhalle (Burgtor) aus statt.

Zentralverband der Bauarbeiter.
(Zweigverein Lübeck.)

Nachruf.
Am Freitag den 31. August starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege

L. Spötter
im Alter von 56 Jahren
Ehe seinem Andenken
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 5. September, vormittags 9 Uhr, von der Leichenhalle (Burgtor) aus statt.
Abmarsch der Mitglieder 8 1/2 Uhr vom Vereinshaus.
Um rege Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.

Logis zu vermieten nach vorne.
Brosenstraße 20, 1.

Eine 2 Stubenwohnung zum 1. Oktober für 150 Mk. zu vermieten.
Näheres Arnimstraße 39 a, 1.

Größerer Laufbursche
außer der Schulzeit sofort gesucht
Heinr. Körner, Große Burgstraße.
Sofort ein Arbeitsmann und eine Frau zum Flaschenspülen
Martin Meyer.

Billig! Große saure Perlinge, fein Billig!
sehr mariniert, à St. 5 Pf.
Wiedervertäufener billiger. Fischergasse 61.

Adolf Hübner, Uhr- u. Gold-
u. Reparatwerkstatt. Warenhandlung,
Händlungsplatz 13.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig. — Verleger: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Samstags in Lübeck

Der Zugzug nach Schwerin ist streng fernzuhalten.

Wismar. Der Streik auf den Habelwerken ist, wie schon kurz berichtet, zur Zufriedenheit der Streikenden beendet worden. Vor dem Gewerbegericht zu Wismar als Einigungsamt wurde ein Lohn- und Arbeitszeit-tarif abgeschlossen, der bis zum 31. Dezember 1907 Gültigkeit hat. Die Arbeitszeit ist inkl. einer Frühstücks- und Vesperpause eine zehnstündige. Der Arbeitslohn wird nach Urtorsätzen bezahlt und sind die Stundenlöhne ebenfalls festgelegt worden. Für Ueberstunden wird eine besondere Vergütung gewährt. Bei eintretenden Differenzen hat die Lohnkommission mit der Direktion in Verbindung zu treten. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks oder wegen der Zugehörigkeit zu einer Organisation finden nicht statt, auch wird jeder Arbeiter wieder an seinen bisherigen Platz gestellt.

Leer. Zwischen den Maurern und den Unternehmern unserer Stadt schweben seit einiger Zeit Verhandlungen, über die Erhöhung des Stundenlohnes. Vor kurzem haben die Unternehmer den Lohn um 2 Pfg. pro Stunde erhöht und diesem Vertrag die Dauer bis zum Jahre 1908 geben wollen. Da aber nun am Sonnabend der erhöhte Lohn nicht zur Auszahlung gelangte, legten am Dienstag die organisierten Maurer die Arbeit nieder. Die Unternehmer erklärten das Unterlassen des Auszahlens des erhöhten Lohnes damit, daß sie keine zustimmende Erklärung von Seiten der Maurer erhalten haben. Wie bestimmt verlautet, wollen die Gesellen jetzt einen Stundenlohn von 15 Pf. fordern.

Oldenburg. Der Landtag wird, wie die „Nachr. für Stadt und Land“ melden, Mitte November zusammentreten. Unter den zu erwartenden Vorlagen werden diesmal an erster Stelle das neue Brandlastengesetz stehen. Das Gehaltsregulativ für die Beamten soll den Landtag ebenfalls wieder beschäftigen, jedoch nur insofern, als der vom vorigen Landtag gezeichnete Gehaltsaufschlag den Gehältern zugeschrieben wird. Finanzielle Änderungen werden dadurch nicht hervorgerufen. Für die Abgeordneten wird eine Erhöhung der Anwesenheitsgelder, entsprechend dem Antrage des Abg. Müller-Brake, durch Gesetzesvorlage gefordert werden. Im allgemeinen sehe diesmal keine wichtige und lange Tagung bevor.

Bant. Die drei oldenburgischen Gemeinden Bant, Heppens und Neuen-de, welche gegenwärtig als Landgemeinden den Amtsverband Mähringen bilden, gehen mit dem Plane um, sich zu einem einzigen Gemeinwesen zu vereinigen und als solches eine Stadt zu werden. Die von den 3 Gemeindeverwaltungen hierzu eingesetzte gemeinsame Kommission hat ihre Beratungen bereits aufgenommen.

Offen a. d. R. Auf der Beche „Karolinenquid“ bei Gamme kamen zwei Arbeiter unter herabstürzendes Gestein: einer wurde getötet, der andere schwer verletzt.
Düsseldorf. Sonnabend früh um 6 Uhr fand im Hofe des hiesigen Zellengefängnisses durch den Scharfrichter Schwiek aus Breslau die Hinrichtung der beiden Brüder Adolf und Leonhard Blömers statt, die vom hiesigen Schwurgerichte am 23. März wegen Ermordung des Oberleutnants Noos in München Gladbach zum Tode verurteilt worden sind. Ueber das Schicksal der gleichfalls zum Tode verurteilten Ehefrau Anna

Blömers ist bisher eine Entscheidung noch nicht getroffen worden. — Nach neueren Meldungen soll die Bl. zu lebenslänglichem Zuchthaus benachdigt worden sein.

Köln a. Rh. Die Bierpreiserhöhung in Köln und Umgegend ist siegreich abgeklungen worden. Bravo!

Koblenz. Erdstöße machten sich am Sonnabend hier und in der Umgegend bemerkbar. Auch an der Mosel, der Rahn und am Rhein, in Boppard und Salzig wurde das Erdbeben wahrgenommen. In Salzig fielen Gegenstände um.

Stockholm. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, wurde der Eisenbahnkassierer des Wiborger Bahndistrikts, der den Arbeitern der Eisenbahnwerkstatt den Lohn auszahlen wollte, auf dem Wege dorthin von vier maskierten Mäubern überfallen und einer Geldsumme von 20000 Mk. beraubt. Die Räuber entkamen.

Konstantinopel. Das Kriegsgericht verurteilte den Serganten Engelhardt vom 20. Landwehr-Regiment wegen Spionage und Diebstahl zu einem Jahr Gefängnis unter Zuhilfenahme des bedingten Strafaufschubes. Engelhardt hat Geld von 25 Soldaten und eine Anzahl auf die Mobilmachung bezügliche Schriftstücke gestohlen.

Quittung.
Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:
Vom Bau Johannisstraße 46 . . . 560 Mk.
Bereits quittiert . . . 628 42
Summa 634,02 Mk.
Expedition d. „Lüb. Volksztg.“

Quittung.
Für den Preßfonds gingen ein:
Verlobungsfeier . . . 1.— Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Verkauf von 1. Septbr.
Bauernbutter 125 Pf. Metzerbutter 140 Pf.
Mk. Hafen Sid. — Mk. Enten 2,70 — 3,20 Mk. Süßer Sid. 1,70 — 2.— Mk. Rälten Sid. 1,20 Mk. Lauben Sid. 0,60 — 0,75 Pf. — 75 Pf. Flügels — Mk. Schweinefleisch, 0,60 Pf. — 0,60 Pf. Schinken 1,30 Pf. — 1,30 Pf. Ger 7 Stück 60 Pf. — 60 Pf. Karapfen 80 Pf. — 80 Pf. 70 Pf. — 70 Pf. Barische 70 Pf. — 70 Pf. 0,80 Pf. — 0,80 Pf. beste Grauensteiner 100 Pf. — 100 Pf. — 100 Pf. — 100 Pf. andere Sorten 100 Pf. 6 — 12 Pf. Blumen 100 Pf. — 6 Pf. Blumentohl, Kopf 30 — 50 Pf. — 50 Pf. 50 Pf. — 50 Pf. — 50 Pf. — 50 Pf. 15 — 20 Pf. Zwiebeln 100 Pf. 5,50 Pf. — 5,50 Pf. Radieseln, beste, 200 Pf. — 6 Pf. per 10 Liter 60 Pf. — 60 Pf. 200 Pf. 5.— Mk. Kartoffeln 10 Liter 50 Pf. — 50 Pf. 2 St. 10 Pf. — 10 Pf. Dorsche genügend, Brachsen 100 Pf. — 100 Pf. Gemüse genügend.

Steruchang-Biehmarkt.
Samburg, 1. Septbr. 1906
Der Schweinehandel verlief flau.
Zugeführt wurden 2193 Stück, davon vom Norden 1000 Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 65—70 Pf., leichte 71—71 1/2 Pf., Sauen 64—69 Pf. und Ferkel 65—70 Pf. pro 100 Pfund.

Unsere werten Kunden, sowie einem geehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, dass wir
41 Johannisstrasse 41
ein
Möbel- und Dekorations-Geschäft
eröffnet haben. Unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung bei kulanten Preisen bitten wir um geneigtes Wohlwollen und zeichnen
Hochachtungsvoll
Gebrüder Rehm.

„Die Neue Zeit“
— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50.

Die Mitglieder des **Vereins Lübecker Wirte** werden ersucht, in der **am Montag abend den 3. ds. Mts.** nach dem **Hansa-Theater** vom Verein der **Gast- und Schankwirte** einberufenen Versammlung zahlreich zu erscheinen.
Mehrere Mitglieder des Vereins Lübecker Wirte.

Beurre de gris
gute gepflückte Ware
Pfund nur 6 Pfg.
größere Quantitäten billiger, empfehlen
Gebrüder Spies
Fernruf 1718. — Fischstraße 33.
Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
macher
Königsstraße 62, b. d. Hühnerstraße.

Ich habe meine Wohnung verlegt nach dem Hause des Herrn Heinrich Dose, Gasthof Drei Kronen.
Frau E. Grützmaker, Gebamme.
Fluß- und Seefische, Räucherwaren, Lachs, Konserven, Serringe.
Note Rabattmarken.
Fischhalle „Hansa“
Fischhaus 33. — Telephon 1869.

Trockenes Brennholz
in allen Sorten,
in Klößen, gesägt und kleingemacht,
empfiehlt
Fernruf **Christian Gäde**
242.
Kontor Fischergrube 4.
Lager bei der Drehbrücke.
1a. schwedische Kronsbeeren,
täglich frisch, versendet per Post
und Bahn
zum stets billigsten Tages-
preise
Ludwig Hartwig,
Obertrave 8.

Wo kauft man ringfreies Bier? bei
Olsson
Reiferstraße 43.
Ringfreies Bier
Hans Burmester, Schulstraße 9.
**Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**
(Zahlstelle Lübeck.)

**Mitglieder-
Versammlung**
am Dienstag den 4. September
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichterstattung vom Verbandsstag in Leipzig.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tages-Ordnung halber ist es Pflicht der Mitglieder recht zahlreich zu erscheinen
Die Ortsverwaltung.

Wilhelm-Theater.
Dienstag: Ben. Karl Jacoby.
Otto Erich Hartleben's:
Die Erziehung zur Ehe.
Komödie in 3 Akten.
Mittwoch: Der Salontyroler.
Für das Wilhelmtheater erworben:
Der Weg zur Hölle.

Der Bericht des Parteivorstandes

an den Parteitag ist erschienen, er umf. 44 Seiten kleinen Drucks. Wie schon aus dem Titel zu erhellen ist, beginnt mit einem pietätvollen Nachruf an die im letzten Jahre und noch des Jahres 1905 verstorbenen Genossen.

Wie sich der Sachverhalt gegen unsere Parteigenossen verhalten wird, erzählt man aus dem Bericht in interessanter Weise. Als Beispiel soll hier ein solches Beispiel:

Ein schönes Beispiel von Festhalten der Prinzipien, hervorgehoben durch die hundertfältige Sachliteratur, haben die Genossen in Königsberg in der Provinz gegeben. In der Wahlbewegung im Jahre 1903 hat die Partei sich dem Reich nicht ein einziges Wort zur Verfügung. Da die Sachliteratur noch nach der Wahl fortgesetzt wurde, unter der Herrschaft in den Verhandlungen B. u. W. in die Hände der Behörden, Bedacht und Gültigkeit der Partei, für diese Zeit ein eigenes Verzeichnis zu erstellen. In dieser Verzeichnis verzeichnet sich 75 Genossen, einschließlich 1 Monat zum Parteibuch beizubringen, gemäß der ersten Opfer: aber sie haben es durchzuführen, bevor ein 2. Pflichtenvertrage konnte in Gültigkeit der Partei, allerdings mit Hilfe von Berliner Freunden, seiner Unterstützung begünstigt werden. Über 600 Personen hätten den kühnen Saal aus Reich und Fern, auf Leistungen und Leistungen geleistet. Bekannt mit Entschlossenheit und Hingabe, waren die Genossen herbeigekommen, um an der Schwelgerei teilzunehmen. Der Gesangsverein der Berliner Bürger erhob die Forderung durch Vortrag entsprechender Lieder. Den Festvortrag hielt unter großem Beifall der Redakteur des Reichs, Stadtvorwarter Genosse Borgmann Berlin.

Den Bau haben die Genossen in eigener Macht ausgeführt. In den Sonntagen haben diejenigen, die in Berlin arbeiteten, 15 bis 20 Stunden, von morgens 4 Uhr ab gearbeitet, um ihr Verzeichnis hoch zu bekommen. „Das Pflichtenbuch muß der Bau fertig werden“, war die Losung und ob sie auch manchmal fest verzagen, sie haben's geschafft. Wir sind überzeugt, die Genossen in den Provinzen werden ihre „Feste“ zu behaupten wissen.

Dann heißt es in dem Bericht weiter: Der am 25. November v. J. vom Parteivorstand veröffentlichte Aufruf zur Sammlung für die Opfer der russischen Revolution hatte den erfreulichen Erfolg, daß bis zum Schluß des Geschäftsjahres 307 399 73 Mk. eingegangen sind und bis auf eine kleine Restsumme für den Zweck zugeführt wurden.

Maifeier. Die vorjährigen Verhandlungen über die Maifeier auf dem Kölner Gewerkschaftskongress und dem Jenaer Parteitag haben den Erfolg gezeitigt, daß in den Parteikreisen über die Art und den Umfang der Beteiligung an der Arbeit der allgemeinen Befriedigung zum Ausdruck kam. Besondere Bedeutung hatte die diesjährige Maifeier noch für die Genossen in der Provinz, daß sie Anlaß bot, die Demonstration auf die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag auszudehnen.

In den größeren Städten waren die Vorkonferenzen meist überfüllt. In Berlin zeigten die Arbeiter viertel ein städtisches Bild. An der Arbeit der beteiligten sich auch die Fabrik der Metallindustrie in großem Umfang. In vier großen Sälen waren die Versammlungen der Metallarbeiter arrangiert, die sämtlich überfüllt waren. Die Organisationsleiter schätzten die teilnehmenden Metallarbeiter auf mindestens 25 000. Wie immer, waren die Holz-

arbeiter, Bauhandwerker und andere Berufe fast vollständig am Werke.

In Hamburg ruhte diesmal die Partei auf dem Boden der Einheit. Die Kongresse in Hamburg, die im Jahre 1905 zum 11. Mal abgehalten wurden, besaßen die Bedeutung, die man sich als Folge der Wahlen von 6000 auf 8000 Wählern hat den Bestand und die Erfüllung der Partei überlassen.

In der Provinz haben die großen städtischen Gewerkschaften nicht nur die Arbeit der Partei gefördert, sondern auch die Arbeit der Partei gefördert. In der Provinz haben die großen städtischen Gewerkschaften nicht nur die Arbeit der Partei gefördert, sondern auch die Arbeit der Partei gefördert.

Durch Vorwissen ist die Partei nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen.

Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen.

Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen.

Agitation und Organisation. Am auf dem Parteitag angenommenen Programm, zu dem die sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages Zutritt erhalten wurden, ist, soweit dies in den gesetzlich vorgeschriebenen Formen des Reichstages möglich war, aufgeführt worden. Eingeleiteten Bericht darüber gibt das an dem Parteitag erstattete Bericht über die parlamentarische Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion.

Das in dem vom Parteitag angenommenen Teile des Programms 19 verlangte Flugblatt für die „Klärung der Reichstagsfraktion“ ist vom Vorstand herausgegeben und den Genossen zum Massenabzug empfohlen worden.

Die in der Resolution Nr. 146 aufgestellten Forderungen, der „Fleischnot zu steuern“, hat der Vorstand durch die Herausgabe eines Flugblattes unterstützt. Das Flugblatt wurde unmittelbar nach dem Parteitag den Genossen zur Massenverbreitung zur Verfügung gestellt.

Die dem Vorstande zur Erwägung übermittelten Anträge 13, 14 und 15 sind durch die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung des Parteitages erledigt worden.

Dem Antrag 12, die „Alkoholverbote“ auf dem diesjährigen Parteitag zu behandeln, konnte der Vorstand bei der Reichstagsfraktion der Tagesordnung nicht stattgeben. Daß der Vorstand das Richtige getroffen hat, beweist der Umstand, daß bisher weder in Versammlungen noch in der Presse Widerspruch gegen die Tagesordnung erhoben wurde, diese hat vielmehr allseitige Zustimmung gefunden.

Den Anträgen 17 und 18 die Agitation und Organisation der jugendlichen Arbeiter zu unterstützen, ist insoweit

Rechtens gelegen, daß der Vorstand seine Verantwortlichkeit ausgesprochen hat, den Vorstellungen der jugendlichen Arbeiter über Unterstützung angeht zu lassen. Bestimmte Maßnahmen, die in dieser Hinsicht höher nicht vorgelegen. Wie schon aus dem Titel zu erhellen ist, beginnt mit einem pietätvollen Nachruf an die im letzten Jahre und noch des Jahres 1905 verstorbenen Genossen.

Wie sich der Sachverhalt gegen unsere Parteigenossen verhalten wird, erzählt man aus dem Bericht in interessanter Weise. Als Beispiel soll hier ein solches Beispiel:

Ein schönes Beispiel von Festhalten der Prinzipien, hervorgehoben durch die hundertfältige Sachliteratur, haben die Genossen in Königsberg in der Provinz gegeben. In der Wahlbewegung im Jahre 1903 hat die Partei sich dem Reich nicht ein einziges Wort zur Verfügung. Da die Sachliteratur noch nach der Wahl fortgesetzt wurde, unter der Herrschaft in den Verhandlungen B. u. W. in die Hände der Behörden, Bedacht und Gültigkeit der Partei, für diese Zeit ein eigenes Verzeichnis zu erstellen. In dieser Verzeichnis verzeichnet sich 75 Genossen, einschließlich 1 Monat zum Parteibuch beizubringen, gemäß der ersten Opfer: aber sie haben es durchzuführen, bevor ein 2. Pflichtenvertrage konnte in Gültigkeit der Partei, allerdings mit Hilfe von Berliner Freunden, seiner Unterstützung begünstigt werden. Über 600 Personen hätten den kühnen Saal aus Reich und Fern, auf Leistungen und Leistungen geleistet. Bekannt mit Entschlossenheit und Hingabe, waren die Genossen herbeigekommen, um an der Schwelgerei teilzunehmen. Der Gesangsverein der Berliner Bürger erhob die Forderung durch Vortrag entsprechender Lieder. Den Festvortrag hielt unter großem Beifall der Redakteur des Reichs, Stadtvorwarter Genosse Borgmann Berlin.

Den Bau haben die Genossen in eigener Macht ausgeführt. In den Sonntagen haben diejenigen, die in Berlin arbeiteten, 15 bis 20 Stunden, von morgens 4 Uhr ab gearbeitet, um ihr Verzeichnis hoch zu bekommen. „Das Pflichtenbuch muß der Bau fertig werden“, war die Losung und ob sie auch manchmal fest verzagen, sie haben's geschafft. Wir sind überzeugt, die Genossen in den Provinzen werden ihre „Feste“ zu behaupten wissen.

Dann heißt es in dem Bericht weiter: Der am 25. November v. J. vom Parteivorstand veröffentlichte Aufruf zur Sammlung für die Opfer der russischen Revolution hatte den erfreulichen Erfolg, daß bis zum Schluß des Geschäftsjahres 307 399 73 Mk. eingegangen sind und bis auf eine kleine Restsumme für den Zweck zugeführt wurden.

Maifeier. Die vorjährigen Verhandlungen über die Maifeier auf dem Kölner Gewerkschaftskongress und dem Jenaer Parteitag haben den Erfolg gezeitigt, daß in den Parteikreisen über die Art und den Umfang der Beteiligung an der Arbeit der allgemeinen Befriedigung zum Ausdruck kam. Besondere Bedeutung hatte die diesjährige Maifeier noch für die Genossen in der Provinz, daß sie Anlaß bot, die Demonstration auf die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag auszudehnen.

In den größeren Städten waren die Vorkonferenzen meist überfüllt. In Berlin zeigten die Arbeiter viertel ein städtisches Bild. An der Arbeit der beteiligten sich auch die Fabrik der Metallindustrie in großem Umfang. In vier großen Sälen waren die Versammlungen der Metallarbeiter arrangiert, die sämtlich überfüllt waren. Die Organisationsleiter schätzten die teilnehmenden Metallarbeiter auf mindestens 25 000. Wie immer, waren die Holz-

arbeiter, Bauhandwerker und andere Berufe fast vollständig am Werke. In Hamburg ruhte diesmal die Partei auf dem Boden der Einheit. Die Kongresse in Hamburg, die im Jahre 1905 zum 11. Mal abgehalten wurden, besaßen die Bedeutung, die man sich als Folge der Wahlen von 6000 auf 8000 Wählern hat den Bestand und die Erfüllung der Partei überlassen.

In der Provinz haben die großen städtischen Gewerkschaften nicht nur die Arbeit der Partei gefördert, sondern auch die Arbeit der Partei gefördert. In der Provinz haben die großen städtischen Gewerkschaften nicht nur die Arbeit der Partei gefördert, sondern auch die Arbeit der Partei gefördert.

Durch Vorwissen ist die Partei nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen.

Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen. Die Partei ist nicht zu zerschlagen.

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(21. Fortsetzung.)

Mit dem Beginn des nächsten Zwielichts ist Fritz auf dem Wege.

Die Bäuerin, die er am Eingange in das Ulrichsholz fragte, ist ihr nicht begegnet. Fern in die Stadt kann sie noch nicht sein.

„Wenn sie aber den Hügel fährt,“ meint er, „verpaff' ich sie doch. Den Weg an der Herrenmühl' vorbei, den geht sie nicht; der wäre ihr zu viel um. Wenn ich auf dem Ulrichsholz wart, da kann ich sie nicht verfehlen.“

Und auf dem Ulrichsholz steht er nun schon eine ganze Stunde lang.

Alles ist um ihn, bis Mensch zu sehen und zu hören, das ganze Tal hin und her. Wie ist's so schön und so ängstlich! Die Wälder flüstern wehmütig und winken ihn vom Steg weg. Der Bach hüpfet, als wüßte er nur schnell vorüber sein, und der Fels soll's auch so machen. Gar nicht fern rauscht das Balkmüllerweh. Zuweilen blüht der Mond aus den Wolken, als wolle er sehen, ob denn der Holders-Fritz noch immer auf dem Unglücksstege steht. Dann verhält er schnell wieder sein Antlitz, wie einer, der sich seine Asche nicht will ansehen lassen. Wenn er herunter sieht, dann blüht das Wasser der Balkmühle wie die Scherzflücker von einem Leichterluche auf dem Dunkel der Nacht. Eine Eingebung singt so ängstlich eifrig, als wolle sie einem Scheiternden noch schnell soviel von ihrer süßen Stimme mit auf den Weg geben, als sie kann.

Nur der, dem all dieses ängstliche Bemühen gilt, teilt es nicht, gleich es allmählich ohne, daß er weiß, warum, seine warmen Gedanken anschlößel.

„Ist muß ich erfahren, wie sie meint,“ sagt der Holders-Fritz vor sich hin. „Wie sie mich, hernach laß ich

dem' Dum' sein und führ ein Leben mit ihr, wie der lustig Hergott von Frankreich, einen Tag schöner wie den anderen. Da sollen die Dum' einmal sehen, was ein Bittner eigentlich kann machen, der seine Sach' versteht und was einer kann erwerben, wenn er nur fleißig will arbeiten. Und am Sonntag gehn wir zusammen nach den Felsenkern, oder zum Tanz wohin. Die Dum' sollen Respekt haben, sie werden wollen oder nicht. Und wenn wir den Saal hinauf tragen zusammen — still! ist das nicht ihr Schicksal, was so geklirrt kommt vom Ulrichsholz her? Den soll sie mit nicht mehr anrühren. Sie soll mir als Köchin zu Haus, und was sie selber sonst will tun. Wenn ich einmal sterb, soll sie denken: so lieb hat' mich doch kein anderer gehabt! O, ich will's schon machen, daß sie den Fels nicht soll können vergebessen. Wie ich aber jetzt nur auf's Sterben komm? Ein Herz wie ich, da geh's nicht so leicht damit, wie mit einem Schneider, und wenn ich das Annerdole hab, vollends nicht! Ja freilich: wenn ich sie hab!

„Aber das ist sie endlich doch, was dort gefahren kommt? Ja, jetzt im Mondlicht. Wie das kurios aussieht. Alles drum' um ist finster, und nur das Annerdole und ihr Schicksal sind hell. Es ist ordentlich, als wenn sie selber leuchten tät. Und noch ein Arm daneben, und es ist, als deutet der Arm nach mir. Wenn der Arm muß gebären? Das wäre verwünscht, wäre sie wieder nicht allein. Jetzt — ja nu ist's weg. Nu ist's doch wieder so finster, wie überall sonst. Aber nunmehr nicht ich sie doch den Weg sehr kommen daher, wenn auch nicht mehr so heulig wie vorher. Ober den dort, wo nach der Herrenmühl' geht. Und klirren hört man auch n'r mehr. Die Bäuerin hat so wunderbar getan. Hat sie's dem Annerdole doch gesagt, daß sie mit ihr begegnet und ich hab' nach ihr gefragt? und weicht die mir doch mit Fleiß aus? und hat mich da auf den Steg gesetzt? Aber hernach müßt sie ussgewandt sein und wieder zurück. Ober hab' ich mir's bloß eingebildet, daß ich sie sah? Die Dum' reden von Ahnungen, wie sie's hielten. Soll ich

sie nicht kriegen? Dann geh ich übermorgen nach Amerika. Jetzt war's doch als'klirrt was im Gras unter den Erlen her? — Oder — am allerliebsten wär mir's hernach, ich flürb, und lieber heint als morgen. Hernach wollt ich, es wär eine Ahnung gewest, und die mich hätt' bedeutet. Da unten das dunkle Wasser unter mir . . .“

Der arme Holders-Fritz! Er hat sie wirklich gesehen; aber er darf's immer für eine Ahnung nehmen, die ihn bedeutet.

Denn nun klirrt es wirklich und laut und hart an ihm auf dem Steg. Er will sich nach dem Klirren wenden, aber ein gewaltiger Stoß reißt ihn um. Er fühlt keinen Halt mehr unter den Füßen. In Fallen wirkt die Bewegung noch, mit der er sich wenden wollte. Einen Augenblick sieht er das bleiche Gesicht der Heiterethei über sich; so wild und bleich, so rollend die braunen Augen, so gepreßt die vollen Lippen; es ist immer noch schön. So lange hört er ihr schnelles, tiefes, lautes Atmen.

Jetzt spritzt das Wasser um ihn auf. An allen Gliedern faßt es ihn wie mit kalten Händen an. Mit dem ganzen Rabe aufschlagend, fühlt er wieder seinen Boden unter sich; ein Schmerz zuckt vom ersten Finger der rechten Hand nach seinem Herzen zu. Das tut noch ein paar wilde Schläge. In seinen Ohren braust es, als läge er unterm Balkmüllerweh. Um seine Brust ringelt sich pressend eine ungeheure grüne Schlange; über seine Augen legt sich ein dunkelrotes Tuch. Er schnappt nach Luft und zieht ein kaltes, schweres, nasses, gurgelndes Ding durch den Mund hinein in die gleiche Brust, das er nicht wieder herauszu-suchen vermag. Das rote Tuch wird schwarz mit durchsichtiger wimmelnden gelben Sternen. Der Boden unter seinem Kopfe verfließt, der Kopf nach in eine endlose Tiefe. Und diese eigene Empfindung, die schon in Bewußtlosigkeit übergeht, weiß er, ist die Empfindung, die jeder Mensch kennen lernt aber keiner mehr als einmal.

Nicht lange, und keine Blase mehr spritzt auf über dem

ausläßt worden, Sekretäre anzustellen, weil bei dem erforderlichen Mitgliederzuwachs der Parteiorganisationen in den größeren Parteilorten die Erledigung der Parteigeschäfte von dem Vorstand des Wahlvereins im Ehrenamt nicht mehr zu bewältigen war.

Auch die Arbeitersekretariate erlitten eine sehr wohlthätige Wirkung. Die Anknüpfung der Arbeiterschaft an die Parteiorganisationen ist die wichtigste Aufgabe der Parteiorganisationen in den größeren Parteilorten die Erledigung der Parteigeschäfte von dem Vorstand des Wahlvereins im Ehrenamt nicht mehr zu bewältigen war.

Mittels Blättern gab der Parteivorstand Anregung zur einheitlichen Aktion für die Wahlrechtsbewegung in den Einzelstaaten, speziell Preußen und Sachsen, sowie für die 18. März- und 1. Maifeier. Beide Feste dienten mit dazu, gegen die Wahlrechtsreform der Arbeiterklasse zu protestieren. Ferner kam ein Blätter zum Versand, in dem Anregung gegeben wurde, den Ausbau der Organisationen nach dem Jenaer Parteitagbeschluss zu beschleunigen. Die Unterstützung der Agitation durch Zuweisung von Referenten von der Zentralkommission aus wird immer schwieriger. Diese Aufgabe ist auf die Bezirksleitungen übergegangen, von wo aus die Angelegenheit auch weit besser geregelt werden kann. Doch hat der Vorstand bei den zahlreichen Nachwahlen versucht, den Wünschen der Genossen gerecht zu werden.

Außer den schon benannten Broschüren ist die Agitation gefördert worden durch ein Wahlrechtsflugblatt, das in einer Auflage von über 130000 abgegeben wurde. Die meisten Bezirksleitungen deckten ihren Bedarf in den eigenen oder zunächst gelegenen Parteidruckorten, worin sie vom Vorstand zum Teil weitgehend unterstützt wurden.

Von dem Flugblatt zur Aufklärung an die Militärpflichtigen ist bisher die Nachfrage nicht so stark gewesen, als seinerzeit die Antragsteller wohl erwartet haben. Zwar ist die erste Auflage von 100000 vergriffen, aber weitere Bestellungen in umfangreicher Form liegen zurzeit nicht vor.

Von den Verhandlungen über den „Rassenstreik“ sind bisher nur 29000 verbreitet worden und 20000 von „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“. Die älteren sozialistischen Flugblätter erfreuen sich immer noch großer Beliebtheit und Nachfrage. So wurden vom Vorstand abgegeben 75000 „Nieder mit den Sozialdemokraten“; 75000 „Christliche Arbeiterpflichten“; 37000 „Auf den Eisen, auf den es ankommt“; 64000 „Mutter, was läuft der Genarm“ und viele andere in geringeren Bezügen.

(Fortsetzung folgt.)

Für unsere Frauen.

Erwacht!

Wacht auf! Wacht auf!
Ihr habt jahrtausendlang geschlafen —
Wacht auf und seht,
Es will lichter Morgen werden.

Salobh.

K. Wacht auf, ihr geirreteten und entrechteten Frauen, ihr denkwürdigen Menschenkinder, und seht, wie in allen Orten und in allen Lanten die Sehnsucht des Proletariats nach Freiheit und Bildung wächst! Seht, wie neben dieser Sehnsucht das Bedürfnis, Brot, genügend Brot zu erringen, in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern zum Ausdruck kommt.

Immer größer wird die Zahl der Frauen, die durch den schlechten Verdienst der Männer zur Erwerbsarbeit gezwungen werden. Der Arbeitgeber der heutigen Zeit fühlt sich getrieben, zu Ruß und Frommen seines Profits an Stelle der kraftvollen Männerarme Frauen, jugendliche Arbeiter und noch lieber Kinderhände schärfen und schlingen zu lassen. Die Eier der Unternehmern nach billigen Arbeitskräften spielen sich deutlich in der Reichsstaatspolitik wider, nach der die Beschäftigung der weiblichen und jugendlichen Arbeiter in den Fabriken von Jahr zu Jahr recht beträchtlich zunimmt.

Hunderttausende und aber Hunderttausende von Frauen und Mädchen unterliegen der Botmäßigkeit des ausbeutenden Kapitals, und sind deshalb gezwungen, in ihrem ureigensten Interesse sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, wollen sie sich nicht eines Betralls an den Angehörigen ihrer Klasse schuldig machen.

Arbeiterin sein, das heißt in der heutigen Ordnung nichts anderes, als zum Vorteil fremden Reichthums ausgebeutet werden, das heißt Sorge, Entbehrungen und Unrecht tragen, gar oft auch Hunger und Schmach.

Die Grundlage der heutigen Weltordnung beruht auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Um die heutige Weltordnung aufrecht zu erhalten, versucht man,

die Arbeitermassen mit allen geschlichen und ungeschlichen Mitteln an der Verbesserung ihrer Klassenlage zu verhindern.

Wollen die Frauen und Mädchen als gleichberechtigte Menschen leben, müssen sie gemeinsam, Schulter an Schulter mit ihren Männern und Vätern kämpfend, das Joch des kapitalistischen Herrschers herbeiführen. Erst wenn die Herrschaft des Kapitalismus aufgehoben ist, hat auch die Sklaverei, das Joch des Proletariats und die Rechtlosigkeit der Frau ein Ende.

Es gilt, schon die Gegenwart lichter und freier zu gestalten; darum ist es Pflicht der Frauen und Mädchen, sich an den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zu beteiligen.

Proletariatsfrauen, glaubt nicht, auch nur eine einzige von euch sei in dem Kampfe um euer Recht, eure Menschenwürde überflüssig. Es ist nicht nur aller Recht, sondern aller Pflicht, sich an der modernen Arbeiterbewegung zu beteiligen. Arbeiterinnen und Mädchen! Sucht daher nicht nach allen möglichen und unmöglichen Gründen, die angeblich beweisen sollen, daß die moderne Arbeiterbewegung „keinen Zweck“ habe; die Beteiligung an unseren Kämpfen ist für alle Unterdrückten notwendig. Nur durch die moderne Arbeiterbewegung wird die Menschheit vom Joch des Kapitals befreit werden.

Frauen und Mädchen, erwacht! Werdet Kämpferinnen in der Heere der Sozialdemokratie. Vereint euch mit euren Klassengenossen; helft der Zukunft den Weg bereiten!

Soziales und Partelleben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Hafenarbeiter in Swinemünde wollen sich mit den Steinfirer Genossen solidarisch erklären. — Auf der Zeche „Freie Vögel“ bei Essen ist die Belegschaft in eine Lohnbewegung eingetreten; sie fordert Mk. 5,50 pro Schicht. Am Sonntag findet eine Versammlung der Belegschaft zwecks endgültiger Stellungnahme statt. — Die Bäcker in Rouen und anderen Orten haben einen Ausstand angekündigt. — Die ausländigen Metallarbeiter in Grenoble, deren Zahl bereits 12000 erreicht hat, veranlassen Streikmaßnahmen, um die Tuch- und Knopfabriken zum Abschluß an den Ausstand zu bewegen.

Eine wohlverdiente Richtigstellung. In Meissen wurden, wie die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berichtet, von den „Christlichen“ schamlose Verleumdungen über den Vertrauensmann des Fabrikarbeiterverbandes dort, den Genossen Schneider, kolportiert. Aus Neid über das Wachstum des Fabrikarbeiterverbandes in Meissen warf man ihm vor, er habe sich bestechen lassen von einem Unternehmer. Deshalb sei der Streik so schnell beigelegt worden, und ähnliche Räubergeschichten. Lange wollte es nicht gelingen, einen der Durschen so zu fassen, daß man ihn zur Rechenschaft ziehen konnte. Endlich gelang es und Genosse Schneider lud den Ermittler vor den Friedensrichter, vor dem er völlig gerichtslos gestand, daß er nur aus Neid nachgeredet hätte, und himmelhoch hat, ihn nicht vor den Richter zu bringen. Er unterschrieb dann folgende Ehrenerklärung, die im „Meißner Tageblatt“ und im „Vollstreund“ zu lesen ist: „Ich habe unterzeichnete Erklärung hiermit, daß meine Behauptung, der Vertrauensmann des Verbandes der Fabrik, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sei von den Unternehmern bestochen worden, jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt. Ich erkläre weiter, daß ich die Behauptung verbreitet habe, um die freien Gewerkschaften zu diskreditieren und für die christlichen Gewerkschaften Propaganda zu machen. Ich bitte hiermit Herrn Schneider um Verzeihung und verspreche, in Zukunft derartigen Gerüchten entgegenzutreten zu wollen. Ernst Richter, Mitglied des Christl. Verbandes keram. Arbeiter.“ — Diese Erklärung mögen sich andre Verleumder der Arbeiterbewegung gefälligst hinter die Ohren schreiben.

Ein Streikposten niedergestochen! Der Streikbrecher befindet sich auf freiem Fuße! Das bürgerlich-kapitalistische „S. L.“ berichtet aus Berlin: „Von einem arbeitswilligen Kohlenkäufer wurde Donnerstag früh der in der Köpferstraße wohnhafte Kohlenkäufer Schmidt niedergestochen. Schmidt überwachte als Streikposten den Kohlenplatz der Firma Koppo an der G. o. f. v. r. Straße. In der Nähe des kleinen Erzgerichtshaus am Tempelhofer Feld beim Bahnübergang traf er heute früh den Ruffler Schulz, der bei Koppo Arbeit nehmen wollte. Auf die Frage des Schmidt, ob er arbeiten wolle, antwortete Schulz: „Ja, was geht denn dich das an?“ Als Schmidt ihn auf den Streik aufmerksam machte, zog Schulz ein Dolchmesser und

versteckte damit dem Streikposten zwei Stiche in die rechte Seite und einen Stich unter das rechte Auge. Der Messerstecher entfernte sich dann, ohne sich angeblich um den Nieder-gestochenen zu kümmern. Dieser wurde von Kollegen zur nächsten Unfallstation gebracht und dort verbunden. Sein Zustand ist bedenklich. Der Täter befindet sich noch in Freiheit.“ — Und wird auch in Freiheit bleiben, möchten wir hinzufügen, denn jeder Polizeier, Staatsanwalt und Richter glaubt ihm aufs Wort, daß er in Notwehr gehandelt hat.

Aus Magd und Bern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Als Hannover wird berichtet: Die Strafkammer verurteilte einen Sabalen, der aus Anlaß des Richterscheitens einer Amnestie zur Silberhochzeit des Kaiserpaars beizuhaltende Ansuchen über Wilhelm II. machte, wegen Majestätsbeleidigung zu 9 Monaten Gefängnis!

In Potschappel werden auch Fräulein zum Militär eingezogen. Aus der sächsischen Stadt Potschappel wird berichtet: Die burenkatholische Schablor hat unserm Gemeindevorstand einen lustigen Streich gespielt. Auf dem Gemeindevorstand werden u. a. zur Aufforderung an gewisse Personen nachzuweisen, daß sie getauft sind, holographierte Formulare verwendet. In diesen ist davon die Rede, daß als Ausweis auch der Militärpaß gilt. In der vorliegenden Aufforderung heißt es nun: „An Fräulein Fabrikarbeiterin, hier. Sie werden hiermit veranlaßt usw. Der Nachweis der Impfung würde durch Vorlegung Ihres Militärpasses als erbracht gelten, sofern aus demselben hervorgeht, daß Sie innerhalb der letzten 10 Jahre in das Heer eingetreten sind.“ — Das Formular ist unterschrieben mit S y d r i c h! Auf dem Gemeindevorstand in Potschappel lebt man demnach schon in dem Glauben, daß auch das schöne Gesicht in den „bunten Rock des Königs“ gesteckt werden kann. Ahnungsvoller Engel!

Dem Fürsten bewilligt man Lohnerhöhung — für die Armenschule ist kein Geld da. In Schwaburg, R u d o l f s t a d t, wo man neulich sogar den Landtag auflöste, um eine Lohnerhöhung für den Fürsten durchzubringen, müssen idyllische Schulverhältnisse existieren. Das geht hervor aus einem Bericht, den der Rektor der 2. Bürger- und Armenschule, an den Stadtrat der „Haupt- und Residenzstadt“ Rudolfsstadt hat gelangen lassen. Das Schriftstück schildert überzeugend die unhaltbaren Zustände, in denen sich das Schulgebäude befindet, in das die Ausschussmänner, die in der Wahl ihrer Eltern nicht vorfichtig genug gewesen, zu geben gezwungen seien.“ Nach dem Bericht bringt beispielsweise dem Eintretenden im Flur des Schulhauses ein dumpfer Kellergeruch entgegen, der mit allerlei andern unangenehmen Gerüchen untermischt sei. Daß es in der neuen Etage stockdunkel ist und die Türen zu den Klassenzimmern nur durch eine zufällig in einer Tür befindliche Spalte entlockt werden können, sei nur nebenbei bemerkt. Im Winter läßt die Kinder frösteln, in ihre dünnen Umhängelächer gehüllt, auf den Bänken der Klasse; der Rektor hätte sie des Bitteren schon gern entlassen, wenn er nicht hätte annehmen müssen, daß es im Hause der Kleinen noch kälter sei. Die Fenster schließen nicht, der Fußboden sei kalt, die Bänke seien dünn. Neidlose Frauen hätten schon die aufregendsten Auftritte veranlaßt, weil sie von den gegenüberliegenden Fenstern die Stockpügelstellung mit angesehen hätten! Fürwahr, ein Bild des Jammers und des Elends! Und mit ein paar Mark könnte man Hilfe schaffen. Aber natürlich für Kulturzwecke!

Ein „nervöser“ Vorgesetzter ist der selbstweibdienende Sergeant Tom s vom Infanterieregiment Nr. 98 in M e h. Nach dem Erzählen nahm er Veranlassung, dem polnischen Musikant K r i e b e d das Spind zu bestechen“, und weil er an dem Helm des Striebel etwas nicht in Ordnung fand, soll er ihn sechs- bis achtmal ins Gesicht geschlagen haben, ihn aufs gräßlichste beleidigt und ihm in Aussicht gestellt haben, er werde ihn drei Jahre auf Festung bringen. Der Mißhandelte meldete die Sache dem Hauptmann, der noch die Spuren der Schläge im Gesicht feststellte. Da die Tat weiter keine Zeugen hatte, legte sich der Angeklagte aufs Bücken und gab im übrigen zu seiner Beleidigung an, daß er sehr nervös sei, und deshalb noch während der ergen ihn schwebenden gerichtlichen Untersuchung ärgerlich behandelt worden sei. Der Anklagevertreter führte eine Reihe von Milderungsgründen an, die die Tat nur als einen „milder schweren“ Fall hinstellen sollten und beantragte wegen Mißhandlung, vorstrafwidriger Behandlung und Beleidigung zusammen 14 Tage Mittelarrest. Das Gericht sah die Sache noch milder an und erkannte auf die lächerlich geringe Strafe von acht Tagen Mittelarrest.

Liegenden. Der Wasserpiegel schließt sich und zeigt gleichmäßig der stillen Nacht ihr Bild.

So, zu langsam und doch zu schnell, war der Weiterreife noch keine Nacht vergangen. Dagegen war die vorige mit all ihrem Angstschein noch eine Ruhennacht, eine Erwartungsnacht gewesen. Da gaulten nur unbestimmte Erwartungen um sie, was ihr vielleicht Schlimmes begegnen könnte. Heute stand es gewiß, juchend gewiß vor ihrer Seele, was sie selber Schlimmes wirklich getan.

Sammer und immer wieder zwang es sie, sich zurückzurufen, was sie gern vergessen hätte, und hätte sie alles mit vergessen müssen, was sie in anderen, glücklichen Nächten so gerne gedacht. Und mit unabwäherziger Gewissenhaftigkeit Bug für Bug. Keiner wurde ihr geschenkt. Erst die Genugtuung des Sieges und der Rettung, dann mit der wiederkehrenden ruhigeren Bestimmung die Angst vor der Art, die Furcht vor den Folgen der Tat. Wie es sie geirret, zu dem Stege zurückzulaufen, um zu sehen, ob er noch lebe! Und warum sollte er nicht? Das Bäcklein war ja in den heißen Tagen so leicht und floß dort auf weichem, moorigem Grunde. Sie hätte es nicht überleben mögen, wenn er tot war. Ein so tiefes Mitleid entband sich so selbstsam und plötzlch aus seinem Gegenüber. Ein herbeilerter Anwalt sprach dies jzt für ihn, als alle Stimmen, die ihn früher angeklagt. Ja, ihr war, als habe sie selber eigentlich gar nie geglaubt, er verfolge sie, und als müßte sie sich verwundern darüber, was sie doch nur getrieben habe zu der furchtbaren Tat. Er hatte nichts gegen sie geäußert;

hatte nicht Notwehr geübt. Nein! ohne alle Ursache hatte sie sich an ihm vergreifen. Es war ihr ein Bedürfnis, eine selbstwiderliche Lust, ihrer Tat die geringfügigsten Ursachen unterzulegen, damit sie selber sich nur recht hassenswert erschieben.

Aber war jzt Zeit zu solchen Gedanken? jzt, wo jeden Augenblick jemand sie sehen konnte? Und wenn sie dennoch wendete, ihr zu retten, wenn es noch möglich ist — stehen nicht schon Menschen um den Steg? wohl gar schon die Gerichte? Wenn sie jenen Umweg unter den Ecken einschlägt, kommt sie von der entgegengesetzten Richtung nach der Stadt. Aber weiß man nicht dennoch, daß sie im Rathhammer gewesen? Hat der Schneider sie nicht gesehen?

Die lichten Stauwände treffen sie schon auf dem Gelände. Der Umweg wird ihr nicht helfen. Und ist es ihr nicht gleichgültig, ob man sie sieht? ob man sie ergreift? Wäre ihr in diesem Augenblicke die Todesstrafe nicht Wohlthat? „O, ich wöllt.“ Höhte sie vor sich hin, „sie machten mich auch tot!“ Warum steht sie denn? Warum schlägt sie den Unterrock herauf über den Kopf, um sich unkenntlich zu machen?

Ja, wäre es einen Augenblick nur! Müßte sie jzt, jetzt nicht erkennen, und das breite Schwert durchschleite ihr den Nacken! Aber wenn sie mit Ketten geschlossen über die Straße geführt wird, und die Leute weichen schon vor ihr und flüstern sich nicht eher miteinander, bis sie vorbei ist! Und das Gefängnis! Zwischen den engen Steinwänden soll

sie stillstehen, wer weiß, wie lange! Sie, der es wie dem Reh und dem Vogel nur im Weiten wohl ist! In der Gerichtsstube muß sie stehen und sich von Männern ins Gesicht sehen und sich fragen lassen, wer weiß was! Stundenlang! Und dazwischen ist's so still, daß man nur die Federn knarren hört, die aufschreiben, was sie getan. Und die Leute — aber die Leute wissen ja, daß er sie verfolgt hat; sie alle können's bezeugen, sie alle haben's gesehen.

Und so oft sie im gezwungenen wieder und immer wieder beim Durchleben der Ereignisse der schrecklichen Nacht an diesen Gedanken kommt, dann wünscht sie den Tag herbei, den sie doch fürchten muß. Dann sind die Frauen wieder da, und an der Dringlichkeit ihrer Warnungen wird sie gewiß, daß sie die Tat tun mußte, daß sie in Notwehr war, und Notwehr ist erlaubt. Jz, sie hat nur Notwehr geübt. Hatte die Bäuerin nicht die Art blinken sehen? Hatte er nicht gegen den Schmidt gedroht? Sollte sie in ewiger Angst leben? Nein! lieber sterben, wenn es sein muß! Aber muß es denn sein? Soll sie sich nicht wehren? Und wieder stand der Fuß auf dem Steg. Und wieder fährt sie mit dem Mute der Verzweiflung auf ihn los. Und wieder flüßt der Fuß in den Bach. Und wieder fragt sie sich: „Ich hab's doch wohl eigentlich gar nicht geglaubt, daß er mir was will tun; ich möcht nur wissen, was mir gewiß war, daß ich ihm das hab getan!“ Und wieder endeten und wieder begannen die Ereignisse der Nacht ihren schwindelerregenden Reihentanz vor den fieberisch glühenden Augen des Mädchens. (Fortsetzung folgt)